

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Pistorius, Magdeburg, Verlag von Bernhard Barbaum, Magdeburg-Neuhof. Druck von Franz Metzger, Magdeburg, Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schroderstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1587.

Rechnungsnummer des Abonnementpreises: Vierteljährlich (inkl. Frangobon) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 40 Pf. Per Anhangband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und von Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.50 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Monatshefte, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzerentionsgebühr die fünfgepaltene Zeitspalte 15 Pf. — Post-Behördliche Nr. 7779.

Nr. 6.

Magdeburg, Sonnabend, den 7. Januar 1899.

10. Jahrgang.

An die sozialdemokratische Bevölkerung Magdeburgs und Umgegend!

Die Magdeburgische Zeitung offenbart in der Beurteilung der an Bürgern der Stadt polizeilicherseits vorgenommenen Körperlichen Messungen eine **Gefühlsroheit**, wie wir sie ärger nie gefunden haben. Die Magdeburgische Zeitung verteidigt (wie wir an anderer Stelle ausführlicher nachweisen) die allerwärts Aufsehen erregenden Maßnahmen der Magdeburger Polizei mit der frivolen Bemerkung: „Die Messungen haben bloß ein wissenschaftliches Interesse.“ Der Magdeburgischen Zeitung ist Recht und Moral nichts; sie **provokiert in ganz brutaler Weise ihre politischen Gegner**. Gegen diese Provokation muß sich jedermann auflehnen, dem noch ein Fünkchen Gerechtigkeitsgefühl glimmt, dieser schamlose Angriff auf die Menschenrechte muß mit aller Wucht zurückgeschlagen werden. Die Magdeburgische Zeitung schwingt sich zur Verteidigung der neuesten Polizeiaktion auf; sie weiß sehr wohl, welche Folgen der Polizeikampf gehabt hat und hat sich am 17. Juni ausführlich darüber geäußert. Sie bespricht das Wachstum der Sozialdemokratie und deren Ursachen und schrieb: „Kleinliche Zwangsmittel und Nadelstiche fördern nur diese Bewegung; darüber sollte eigentlich nach den langen Erfahrungen, die wir doch gesammelt haben, und namentlich nach den schweren Mißerfolgen des Sozialistengesetzes unter Berücksichtigung gar kein Zweifel mehr obwalten. Es sind sogar sehr konservativ gerichtete Beobachter, die auf die Gefährlichkeit der auf gewaltsame Niederdrückung ausgehenden Politik hingewiesen haben. Gerechtigkeit muß vor allem geliebt werden. Polizeiliche Hammerschläge, die ohne zwingende Not und am unrechten Ort geföhrt werden, schütteleben nur immer fester die Partei zusammen, die auf ihre angeblichen Märtyrer stolz ist und deren gar nicht genug haben kann, um mit ihnen vor ihrem Anhang zu prunken und auf ihn zur Wahlzeit eine aufstachelnde Eindrücke zu machen. So lange diese völlig unpolitische Behandlung der Partei sich nicht überall geändert hat, wird keine Aussicht darauf sein, daß die Flut sich verläuft.“ Nun richtet sich die neueste Polizeiaktion nicht gegen Sozialisten, sondern gegen Anarchisten. Aber nach dem Moralfesche der Magdeburgischen Zeitung haben sich auch Sozialisten und andere der Regierung unbequeme Personen körperlichen Messungen zu unterziehen. „Die auf die gewaltsame Unterdrückung ausgehende Politik“ hat bislang die Sozialdemokratie gefördert — aber die schamlose Provokation der Magdeburgischen Zeitung fördert den Anarchismus. Sie züchtet ihn, reizt die Arbeiter zur Erbitterung. Das Blatt für Ordnung und Sitte tritt Recht und Moral zu Boden. Sozialdemokraten, Bürger! Der Kampf gegen die nationalliberale und unparteiische Presse muß mit aller Energie aufgenommen werden; nur so kann der Hochmut des nationalliberalen Blattes gezüchtigt werden. **In allen Vereinen, allen Versammlungen, Privaten, Werkstätten, Fabriken und so fort agitieren man für die Arbeiterpresse, damit sie stark genug wird, solchen Schamlosigkeiten jederzeit Paroli bieten zu können.**

„Reform“ des preussischen Landtagswahlrechts.

Die Rheinische Zeitung zeigt das Wort. Der Widerstand und die Ungerechtigkeit des geltenden Landtagswahlrechts sind so offenkundig, daß sich mit ihm nicht länger wird fortwurzeln lassen. Der jetzige Landtag ist ungefähr ebenso reaktionär, wie sein Vorgänger, so daß wohl auch die Regierung es für angemessen halten wird, ihn mit einer Veränderung des Wahlrechts für den Landtag und die Gemeindevahlen zu befragen. Die Offiziösen haben diese Absicht bereits verkündet. Wir dürfen uns also darauf gefaßt machen, daß die Regierung mit irgend einem Vorschlage heraustritt, der natürlich nicht im Zeichen wirklichen Fortschritts stehen wird.

Ungemein lehrreich sind die Reformgedanken, denen das Organ der rheinischen Großbourgeoisie, die Rheinische Zeitung Worte verleiht. Sie schwärmt für eine Art Pluralvotum, wie es in Belgien besteht. Nur daß das belgische System mit seiner Anhäufung von höchstens fünf Stimmen auf einen Wähler ein Muster von Einfachheit und Gerechtigkeit im Vergleich zu dem von der Rheinischen Zeitung ausgeheckten System ist.

Wierzehn Stimmen soll da unter Umständen ein Wähler erhalten: wenn er die große Staatsprüfung bestanden hat, erhält er 4 Stimmen, die Teilnahme an einem Feldzuge bringt ihm 2 Stimmen ein, versteuert er ein Einkommen von 50 000 Mark und darüber, so sollen ihm weitere 4 Stimmen in den Schoß fallen, und ein Grundbesitz von 100 Hektar und darüber bringt ihm außer der Rente die letzten 4 Stimmen, so daß dieser eine 14 gewöhnliche Wähler aufwiegt, die nicht Soldat gewesen sind. Denn das Soldat gewesen sein trägt nach dem Vorschlag der Röhnerin eine Stimme ein.

Welche Gesichtspunkte bei der Findung dieses Systems im einzelnen maßgebend gewesen sind, ist nicht ersichtlich. Warum soll ein Mann, der den bunten Rock getragen hat, höhere politische Einsicht besitzen, als der für den Militärdienst Untaugliche. Warum soll der Mann, der das Abiturientenexamen bestanden hat, eine dreimal tiefere Erkenntnis besitzen, als der frühere Volksschüler. Wie sehr unsern Professoren es z. B. an politischer Bildung mangelt, das zeigt ihre furchtsame Zurückhaltung und Gleichgültigkeit im Falle Delbrück.

Im ganzen läuft das famose System aber natürlich auf die Sicherung der Herrschaft für die Geld- und Bodenaristokratie Preußens hinaus. Natürlich gehört zu dem Vorschlage auch die Dessenlichkeit der Stimmabgabe.

Die geheime Stimmabgabe, sagt die Rheinische Zeitung, führt unter allen Umständen zu einer Vergiftung und Verfälschung der öffentlichen Meinung, sie ist nur geeignet, dem traurigen Zweck der Aufheker der Volksleidenschaften den Boden zu ebnet. Wer für die öffentliche Stimmabgabe eintritt, thut es in der Absicht, die abhängige Wählerschaft durch die Hungerpeitsche in Reih und Glied zu halten. Man nennt das beschönigend den Einfluß der Autorität erhalten. Aber in dem Maße, als die Arbeiter-

klasse widerstandsfähiger und selbstbewusster wird, verliert dies Mittel seinen Zweck. Seine Empfehlung durch die Rheinische Zeitung zeigt nur, wie reaktionär unsere Liberalen geworden sind. Tragen die Wahlrechtskünstler, die sie vorschlagen, schon diesen rückschrittlichen Stempel, wie wird dann erst die Wahlreform der Parteien von der Rede und Miquel aussehen? —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der nationalliberale Hannoverische Courier glaubt, die Regierung thue nicht gut daran, die Friedhofs-Angelegenheit auf die Spitze zu treiben: Der Friedhof der Märzgefallenen ist tatsächlich völlig verwahrlost. Wenn die Regierung nicht wünscht, daß er der Erde gleichgemacht werde, kann sie in dem Magistratsantrag (gerade im Hinblick auf die Vorgeschichte desselben) keine Demonstration erblicken. Wenn sie es doch thut, so schießt sie übers Ziel hinaus. —

Von der Strafkammer des Landgerichts in Glatz wurde der vielfach vorbestrafte Schuhmacher Robert Hannig aus Schreckendorf zu neun Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. —

Der im Jahre 1892 wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen anarchistischer Umtriebe vom Reichsgericht zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Grünkrämmer Louis Nemthaler aus Berlin ist am Mittwoch aus dem Hallenser Zuchthaus nach Verbüßung seiner Strafe entlassen worden. Er ist krank und gelähmt. —

Der Bundesrat hat zur Lippeschen Streitfrage Stellung genommen und sich dahin entschieden, daß der Grafregent präsumtiver Thronfolger ist, daß aber die Erbfolge nach seinem Ableben späterer Entscheidung vorenthalten bleibt. Damit ist die Entscheidung über den Streit auf die lange Bank geschoben. —

Den zweiten Vortrag über die Palästina-Reise hat am Mittwoch in Potsdam der Freiherr v. Mirbach gehalten. Er befaßte sich vornehmlich mit dem Aufenthalt in Jerusalem. Auf dem Ritt nach Bethlehem machte Herr v. Mirbach folgende Beobachtung: „Unter dem jubelnden Volke sah man trotz der angelegten Festkleider viel Elend und Armut, vor allem sehr viel Blinde und Augenranke, trotzdem die türkische Polizei mit bewundernswürdiger Geschicklichkeit, aber großer Strenge alles ferngehalten hatte, was auf unsere Majestäten einen unangenehmen oder traurigen Eindruck hätte hervorrufen können. So sahen wir z. B. niemals die sonst so große Zahl verkommenen und zerlumpter Bettler und die gerade bei Jerusalem sonst überall an den Straßen sitzenden und Almosen erbittenden Schwanken und namentlich Auszubigigen.“ Wie groß muß das Elend sein, wenn es trotz der „Fürsorge“ der türkischen Polizei nicht gelang, dasselbe vollständig von den Straßen zu verbannen. —

Der Münchener Allgemeinen Zeitung wird aus Berlin geschrieben: „Die Häufung der Majestätsbeleidigungsprozesse ist kein Ruhmesblatt in der politischen Entwicklung des neuen

Reichs.“ Die Sozialdemokraten haben dies schon längst erkannt und deshalb die Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagrafen verlangt. —

Wie groß die Gefährdung der deutschen Handelsinteressen durch die Ausweitung der politischen ist, ergibt sich aus den statistischen Zusammenstellungen der deutschen Ausfuhr nach Dänemark im Spezialhandel. Dieselbe erreichte einen Umfang von 3 859 697 Doppelcentner mit einem Wert von 107 387 000 Mark. Hauptausfuhrartikel waren ihrem Werte nach: Wollenwaren 13 608 000 Mark, Baumwollenwaren 4 805 000 Mark, Seidenwaren 2 470 000 Mark, Thonwaren 2 117 000 Mark, Papierwaren 2 226 000 Mark, Dele und Fette 2 518 000 Mark, literarische und Kunstgegenstände 1 909 000 Mark, Leder und Lederwaren 5 134 000 Mark, Leinwandwaren 2 463 000 Mark, Kurzwaren 2 737 000 Mark, Kupfer und Kupferwaren 2 936 000 Mark, Kleider und Fußwaren 4 387 000 Mark, Eisen und Eisenwaren 11 218 000 Mark, Instrumente und Maschinen 7 083 000 Mark, Holz und Holzwaren 4 209 000 Mark, Droguerie- und Farbwaren 4 965 000 Mark, Weizen, Roggen, Kaps, Kleieat und anderes Getreide 9 764 000 Mark, Mehl und Graupen 3 000 000 Mark, Zucker 1 500 000 Mark.

Angeichts des Einschreitens gegen Prof. Delbrück weisen mehrere Blätter auf eine Gerichts-Verhandlung in München gegen einen preussischen Staatsanwalt hin, der beschuldigt war, während einer Ferienreise gegen einen der von den Verstorbenen gegen die Sittlichkeit handelnden Paragraphen des Strafgesetzbuchs sich vergangen zu haben. Er hatte sich von dem persönlichen Erscheinen vor dem Münchener Gericht entbinden lassen und überließ einem dortigen Rechtsanwalte, zu seinen Gunsten vorzubringen, was möglich war. Das Münchener Gericht ließ die von dem Verteidiger geltend gemachte starke Angetrunkenheit des Angeklagten als Milderungsgrund zu und verurteilte den Staatsanwalt nur zu einer Geldstrafe, in dessen war das Vergehen des Beamten ein derartiges, daß ein Verbleiben in seinem Amte oder überhaupt im Staatsdienste nicht möglich war. Ohne jeden Zweifel, so bemerkt die Liberale Korrespondenz, hatte sich der Beamte durch sein Verhalten der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordern, unwürdig gezeigt. Der Staatsanwalt ist jetzt aus dem Dienst entfernt worden, das heißt es ist ihm die „nachgesuchte Dienstentlassung“ bewilligt worden. Er ist also in einer Form verabschiedet worden wie jeder Beamte, der ganz freiwillig, ohne auf eine Pension Anspruch zu machen, aus dem Dienste scheidet. Professor Delbrück aber muß sich darauf gefaßt machen, aus dem Dienste unfreiwillig entfernt zu werden. —

Bg. Berlin. Nicht unwirksam sind die Centrumsblätter über den Neujahrsartikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, da dem Centrum nachträglich, daß es immer mehr „keinen Charakter als Oppositionspartei“ aufbeugt und in die Reihen der „nationalen Parteien“ einträte. Seinen Charakter hat das Centrum in der That längst verloren, aber es ist ihm doch unangenehm, wenn es umgeschichtete Offiziere vor den Ohren der getreuen Wählerschaft deshalb rühmend wie heißt es doch bei Sauer:

Blamer mag nicht mein schönes Kind
Und grüß mich nicht unter den Linden
Wenn wir nimmer zu Hause sind
Wird sich schon alles ändern.

Nachher im Reichstage wird das Centrum schon für die neue Militär-
vorlage zu haben sein, wobei es nichts ausmacht, wenn ein paar
bayerische Ultramontane gegen den Stachel lösen. Die königliche Volks-
Zählung schließt aus der Annahme des Frottengefehres die große Hoff-
nung, daß auch die neue Militärvorlage nicht das Dynamit sein werde,
das dem Centrumskern geschädigt werde. Nein, gewiß nicht; Wer
Gesprochen geschluckt hat, wird nicht Wäden seigen. —

Die Verichtigung des Berliner Polizei- präsidenten.

Herr v. Windheim hatte berichtet, daß die Nachricht
von der Ausweisung russischer Arbeiterinnen, die in einer
Berliner Cigarettenfabrik beschäftigt seien, nicht wahr sei.
Wir haben bereits gestern diese Verichtigung gewürdigt und
mitgeteilt, daß es sich um Ausweisungen aus Charlottenburg
handelt. Auch das Berliner Tageblatt, das von Herrn
v. Windheim's Dementiveruch zuerst erschrocken zusammen-
geklickt war, hat mittlerweile Kenntnis von dem wirklichen
Sachverhalt erhalten; es giebt folgenden Wortlaut eines
solchen Ausweisungsbekreits wieder:

Die Königl. Polizeidirektion.

Charlottenburg, den . . . 1898.

Auf den Antrag vom 18. d. M. erkläre ich Ihnen, daß nach
den festgestellten Ermittlungen kein Grund vorliegt, Ihnen den
Aufenthalt in Charlottenburg fernerhin zu gestatten. Sie sind
vielmehr als Ausländerin, welcher ein gesetzlicher Grund aus Ge-
sundheitsgründen in den Gebieten des preussischen Staates
nicht zusteht, hiermit von Ortspolizei wegen aus Preussen aus-
gewiesen worden.

Sie werden daher hierdurch aufgefordert, Charlottenburg und
das Gebiet des preussischen Staates mit Frist von 14 Tagen zu
verlassen.

Sollten Sie nach Ablauf der erhaltenen Frist noch im Aus-
weisungsbekreite verbleiben, so wird gegen Sie auf Grund
des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung
vom 30. Juli 1889 eine Geldstrafe von 50 Mark oder im
Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 5 Tagen festgesetzt und
vollstreckt werden.

Auch haben Sie auf Grund des § 132 Nr. 3 des vorgenannten
Gesetzes Zwangstransport zu gewärtigen.

Sollten Sie ohne Erlaubnis in das Gebiet des preussischen
Staates zurückkehren, so haben Sie auf Grund des § 361 Nr. 2
des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich eine Haftstrafe bis zu
6 Wochen zu gewärtigen.

Der Polizei-Direktor.
Geh. Regierungsrat
v. Salbern.

An die Cigarettenarbeiterinnen

Es handelt sich nicht um eine, sondern um mehrere
Duzend Arbeiterinnen, die auf solche Weise aus der
preussischen Staatsherrschaft abgeschoben werden sollen. Im
Handumdrehen wird eine solche Polizeithat vollbracht; es
liegt kein Grund vor, Ihnen den Aufenthalt in Charlotten-
burg fernerhin zu gestatten.

Gewiß, der Ausländer hat kein Recht, sich in deutschen
Ländern aufzuhalten; die Behörde hat das Recht, ihn zu
entfernen. Es muß jedoch schärfster Protest er-
hoben werden, daß Polizeibehörden von diesem Recht
in der Weise Gebrauch machen, wie der Charlottenburger
Regierungsrat und Polizeidirektor v. Salbern. Wenn sich ein
Staat das Recht wahrt, Ausländer auszuweisen, so ist er damit
auch der Verpflichtung nicht überhoben, von diesem Recht
nur einen sachlich begründeten Gebrauch zu
machen. Wir wünschen Gründe zu hören, um bereitwillig
es nötig erscheint, Ausländern den Aufenthalt nicht zu ge-
währen, statt daß uns die billige Redensart aufgesetzt
wird, es liegen keine Gründe vor, den Aufenthalt zu
gestatten.

Der Ruf unseres Landes im Auslande wird durch der-
artige Maßregeln wahrlich nicht gefördert. Es wäre
wünschenswert, daß sich die vorgesetzten Behörden mit dieser
Angelegenheit befassen. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Folgen der preussischen Ausweisungs-
politik machen sich auch in der Schweiz recht fühlbar.
Durch ein Circular macht die „Kaufmännische Gesellschaft
Zürich“ darauf aufmerksam, daß bei der gegenwärtigen
politischen Spannung zwischen Deutschland und Dänemark
eine günstige Gelegenheit gegeben sei, um das schweizerische
Abfahrgebiet nach Dänemark zu erweitern. Für die Schweiz,
deren Abfahr nach Dänemark in den Jahren 1894—97 sich
zwischen 1 800 000 Frank und 2 650 000 Frank bewegte und
in der Hauptsache Uhren, Käse und Seidenweberei betraf,
kämen neben diesen genannten Artikeln zuvörderst Baumwoll-
garne, Baumwollgewebe, sowie auch Maschinen in Betracht.

Der schweizerische Bundesrat beschloß die Sub-
ventionierung der zum Schutze Urvogel's vor-
zunehmenden Arbeiten seitens der Eidgenossenschaft. —

Der General-Anzeiger meldet aus
Genf: „Der Wörder der Kaiserin Elisabeth, Lucheni,
hat sich beim Untersuchungsrichter melden lassen, um ein
neues Geständnis abzulegen. Er erklärt, Helfershelfer gehabt
zu haben, von denen einer am Bahnhof in Genf mit einem
Revolver bewaffnet stand, während ein zweiter mit einer
Dynamitbombe in Laufamme auf die Kaiserin wartete.“ Schwindel.

Die Kriminalkammer des Kassationshofes ließ
Esterhazy den Auftrag zustellen, am 12. d. M. als Zeuge
zu erscheinen. Das Gesuch Esterhazy's um sicheres Geleit
blieb unberücksichtigt. —

Ueber einen Gnadenurlaub des Präsidenten Faure
wird berichtet, daß anlässlich des Jahreswechsels Präsident
Faure 647 durch kriegsgerichtliches Erkenntnis Verurteilten
teils Erlass, teils Ermäßigung der Strafe gewährt hat. —

Das Pariser Zuchtpolizeigericht verurteilte einen
Anarchisten Namens Lucas, welcher einen Polizisten
bei der Versammlung von Revisionisten in dem Saal Pré-
aux Cleres durch Revolvergeschosse verwundet hatte, zu sechs
Monaten Gefängnis. —

Die Massenverhaftungen haben in den
letzten Tagen aus politischen Gründen in St. Petersburg
zunahm.

Der Arbeiterführer John Burns stellt in einem in dem
Cooperative Wholesale Annual veröffentlichten Artikel fest,
daß in der Industrie des Vereinigten Königreichs jedes Jahr
400 000 Unfälle vorkommen. Jedes Jahr ver-
lieren 1000 Bergleute in den Gruben ihr Leben
und 1384 britische Seeleute sind im letzten Jahre
auf dem Meere zu Grunde gegangen. Fast jede
Woche würden mehr Arbeiter in London in der Ausübung
ihres Berufs getödtet und verletzt, als der ganze ägyptische
Feldzug England an Toten und Verwundeten gekostet habe.
Das sind erschreckende Zahlen. —

Bei Schießversuchen auf dem Schießplatze von
Sandy Hook ist ein schießbares Gussstahlgewehr, für dessen
versuchsweise Herstellung der Kongress der Vereinigten Staaten
seinerzeit 40 000 Dollars bewilligte, unter normalem Feuer-
druck von 86 500 engl. Pfund beim 15. Schusse gesprungen.
Das schießbare Gewehr ist also verpulvert. —

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Biographische Notizen. (Nach eigenen Angaben.)

Schmidt, Albert; Schriftsteller zu Magd.-burg.

Wahlkreis: 7. Regierungsbezirk Magdeburg (Niederelbe).

Geb. am 2. März 1858 zu Magdeburg; Dissident. Besuchte die
Hilfsschule zu Neustadt-Magdeburg. Erlernte die Schriftsetzerei;
leitete 1884 das Leipziger Volksblatt, nach dessen Verbot den Leipziger
Volksboten. Arbeitete bis 1890 in Berlin und Würzen als Schrift-
setzer, übernahm 1890 die Redaktion der Volksstimme in Burgstädt
und 1894 die Redaktion der Volksstimme in Magdeburg. Seit
1890—98 Vertreter des 15. sächsischen Wahlkreises. —

Schmidt, Heinrich Wilhelm; Lithograph zu Frankfurt a. M.

Wahlkreis: 8. Regierungsbezirk Wiesbaden (Frankfurt a. M.).

Geb. am 28. November 1851 zu Frankfurt a. M.; konfessionslos.
Besuchte die Katharinen- (Volks-)schule in Frankfurt a. M. von
1859—66. Erlernte die Lithographie von 1866—70. Mitglied des
Reichstags seit 1890, des Gewerbegerichts zu Frankfurt a. M. von
1888—1893. —

Schöncant, Bruno, Dr. phil.; Chefredakteur der Leipziger

Volkszeitung zu Leipzig.

Wahlkreis: 7. Regierungsbezirk Breslau (Breslau, Westlicher Teil).

Geb. am 16. Mai 1859 zu Mühlhausen i. Th.; evangelisch.
Besuchte das Gymnasium zu Sondershausen und 1878—82 die
Universitäten Berlin, Leipzig, Kiel, Halle a. S. Promovierte in Halle
1882. War 1879/80 Amanuensis beim Grafen Friedrich August
von Noer, Prinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg
und Mitarbeiter am zweiten Bande von Noer's: Kaiserthron. Seit
1883 für die Sozialdemokratie öffentlich thätig. Redigerte von 1883
bis 1884 mehrere Arbeiterblätter (sozialdemokratisch unterdrückt) in
München, war dann in Nürnberg 1885—90 als Redakteur der
fränkischen Tagespost und der Arbeiter-Chronik. Verbliebte von 1885
bis 1887 1 1/2 Jahre Gefängnis wegen politischer und Preßvergehen.
1890—94 in Berlin, 1892/93 politischer Redakteur des Vorwärts, seit
1. Oktober 1894 in Leipzig Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung.
War 1893—98 Vertreter von Breslau-West im Reichstage. Schrieb
u. a.: Hausindustrie im Kreise Sonneberg, Deutscher Fabrik-
gesetzgebung, Münchener Polizeizustände, Wirtschaftliche Krisen und die
Sozialreform. Die Lage der arbeitenden Klasse in Bayern, Die
Kämpfe der Arbeiter-Partei, Epitaphologie und ihre Arbeiter (1888), Grund-
züge und Forderungen der Sozialdemokratie (praktischer Teil), Soziale
Kämpfe vor dreihundert Jahren, Mühlbergische Studien (Leipzig,
1893). Bearbeitete im Handwörterbuch der Staatswissenschaften die
deutschen und französischen Gesellenverbände. Veröffentlichte in den
Centralblättern der deutschen Arbeiter-Partei und Statistik und im
Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, sowie im Sozialpolitischen
Centralblatt eine Reihe wirtschaftsgeschichtlicher Aufsätze und Abhand-
lungen (über Kartelle usw.). —

Schwartz, Johann Carl Theodor; Geschäftsführer und Teil-
haber der Firma Friedr. Meyer u. Comp. (Offene Handels-
gesellschaft), Buchdruckerei und Buchhandlung, Verlag des
Lübecker Volksboten zu Lübeck.

Wahlkreis: Lübeck.

Geb. am 14. April 1841 in Lübeck; lutherisch. Besuchte die
Anaben-Armenerschule in Lübeck von 1847—55. Nachdem er von 1855
bis 1859 die Formerei erlernt, trat er in den Dienst der deutschen
Handelsmarine. Diente als Formier Nord- und Süddeutschland und
die Schweiz. Diente darauf wieder zur See bis 1886. Von 1888
Mitglied des Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins. Seit 1875 Mitglied
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands. Seit 1889 Ver-
trauensmann der deutschen Formier. Seit 1891 Vorsitzender des
Central-Vereins der deutschen Formier. Redakteur des Blattes auf
1891—95. War Mitglied des Reichstags von 1890—93. Verfasste
von Jürgen Wullenweber, ein Gedendblatt zu seinem 350jährigen
Todesstage (1887) und Das alte Lübeck, Wiber aus der Kultur und
Geschichte Lübecks (1887). —

Segitz, Johann Martin; Arbeitersekretär zu Fürth, Bayern.

Wahlkreis: 2. Mittelfranken (Erlangen-Fürth).

Geb. am 26. Juli 1853 zu Fürth; freireligiös. Besuchte die
katholische Volksschule in Fürth. Von 1867—69 in einem Magazin
bezm. in einer Kanzlei beschäftigt. Lernte 1870—73 die Zinngießerei,
dann abwechselnd als Zinngießer, Flaschner und Gärtler in Spiel-
wangelgeschäften von Nürnberg und Fürth. 1888 Expedient, 1890
Redakteur, 1894 Arbeitersekretär. Mitglied der bayerischen Ab-
geordneten-Kammer und des Kollegiums der Gemeindefürsorge in
Fürth. Schriften: Lohn-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse der
Arbeiter Nürnbergs, Verlag von Wörlein u. Cie., Nürnberg. Zur
Arbeitslosenversicherung, Verlag von J. Schramm, Nürnberg. Jahres-
berichte des Arbeitersekretariats Nürnberg, Verlag von J. Gemming,
Nürnberg. —

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus Magdeburg.

Eine Vergünstigung nach der anderen geht sozialdemokrati-
schen Prekäranten verloren. Während erhielten die in Gommern
inhaftierten Redakteure der Volksstimme auf Ersuchen einen Tag Urlaub,
sobald sie in Magdeburg vor Gericht geladen wurden. Unsere Genossen
benutzten in der Regel einen der ersten nach Magdeburg abgehenden
Züge, konnten sich hier ungeniert bewegen, ihr Logis aufsuchen und
dampften am anderen Tage nach Gommern zurück. Ein Transporteur
war unseren Genossen nicht beigegeben. Seit Jahren ist in dieser
Weise verfahren worden, zu Unzuträglichkeiten ist es nie gekommen.
Mit dieser ganz löblichen Maßnahme ist auf einmal gebrochen.
Donnerstag und Freitag hatte Genosse Müller Termin vor dem
hierigen Landgericht; es handelt sich um die Verleumdung des Fabrik-
inspektors Müller in Calbe a. S. nach dem Verbot des Kaisers
und eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses. Müller war zu diesen
beiden Terminen um Urlaub eingekommen, welcher jedoch verweigert
wurde. Von einem Transporteur begleitet, wurde Müller nach Magde-
burg geführt und mußte nach Beendigung des Termins am Donnerstag

im hiesigen Gefängnis verbleiben. Zu dem Termin am Donnerstag
war auch Genosse Meyer, Redakteur der Halberstädter Sonntag-
zeitung geladen, welcher gegenwärtig eine Strafe im Gefängnis zu
Halberstadt verbüßt und sich gleichfalls wegen Verleumdung des Fabrik-
inspektors Müller zu verantworten hatte. Auch unser Halberstädter
Lebensgefährte kam in Begleitung eines Transporteurs an. Es drängt
sich uns die Vermutung auf, daß die Behörden in Halle, Halberstadt
und Magdeburg sich über die Behandlung sozialdemokratischer Preß-
länder geeinigt haben und nach bestimmten Weisungen handeln. Dies die
erste Mitteilung über den Strafprozeß — sie gefällt uns nicht. —

Wie vorkehend mitgeteilt, fand Donnerstag Redakteur Müller
vor dem hiesigen Landgericht wegen Verleumdung des Fabrik-
inspektors Müller in Calbe a. S. Die Verhandlung, welche mehrere
Stunden währte, nahm für den als Zeuge erschienenen Fabrikdiregenten
einen keineswegs wünschenswerten Verlauf. Durch die frühere Geliebte
des letzteren wurde die Handlungsweise desselben in das rechte Licht
gerückt, so daß selbst der Vorsitzende in der Begründung des Urteils
unter anderem sagte: Die wesentlichen Thatsachen der vom An-
geklagten gebrachten Artikel über den Fabrikdiregenten Müller seien
erwiesen; kein Verhalten könne vor dem Richterstuhl der Moral keinen
Stand halten! — Der Gerichtshof belegte unsere Genossen Müller und
Meyer-Halberstadt mit je 50 Mark Geldstrafe, während der ebenfalls
angeklagte Redakteur der Calbe'ser Zeitung freigesprochen wurde.
Seitens der Staatsanwaltschaft waren beantragt 6 Monate, 5 Monate
und 300 Mark Geldstrafe. Ausführlichen Bericht bringen wir morgen.

Wegen eines Plakats mit dem Namen des zu wählen-
den Kandidaten wurden in Breslau und Magdeburg eine Anzahl
Personen wegen Verstoß gegen das Preßgesetz mit je 1 Mark Geldstrafe
in Breslau legten der Herr Herrmann, welcher als Vertreter der
für die liberalen Stimmzettelverleiher bestimmten Schilde mit ver-
urteilt worden war, sowie ein Vertreter der Centrum's- und einer
der national-liberalen Partei Verurteilung ein und der Gerichtshof sprach
am Dienstag die drei Angeklagten frei, indem er sich der Auf-
fassung der Verteidiger anschloß, daß man unter einer Denkschrift im
Sinne des Preßgesetzes doch nur eine durch den Druck vervielfältigte
Publikation verstehen könne, die von einem Verfasser im literarischen
Sinne herrühre, und selbst wenn man die Aufschreiber der Schilde für
politische Mitteilungen halten wollte, so hätten die Schilde doch in
erster Linie den Zweck gehabt, den Wähler vor den Wahllokalen zu
regeln und zu erleichtern, und dazu wären eben ausführlichere Auf-
schriften zum allgemeinen Verständnis notwendig gewesen. Leider ist
es nicht mehr möglich, gegen die Verurteilung unserer hiesigen Ge-
nosse Verurteilung einzulegen. —

Gute Romane sind seit langem breiteren Volksschichten ein
Bedürfnis. Auch der größte Teil der Arbeiter sehnt sich nach des
Tages Mähsalen nach anregender, unterhaltender, geistiger Kost. Dieses
Bedürfnis kann der unterhaltende Teil der Tageszeitung nur unvoll-
kommen befriedigen, derer aber, die keine Zeitung lesen, gar nicht zu
gedenken. Hier bot sich der Privatverleger ein gutes Feld: mit
Druckerzeugnissen zweifelhafter Art wurden weite Volksteile über-
schüttet. Der Mühsal wegen mußte sich das Volk mit den oft elenden
Schauer- und Mähsalgeschichten, die ihnen da geboten wurden, begnügen
und der Schundroman verbreitete sich immer mehr; alles mit seinem
schlechten, schlechten Preis überfüllt und den Geschmack verderbend,
wurde er eine gute Einnahmequelle gewissenloser Spekulant, die es
verstand, sich Weisen aus der Urteillosigkeit der breiten Masse zu
schneiden. Seit Jahren sucht unsere Partei diese Katastrophe auf
die Volksbildung, ja auf den Bestand der breiten Massen zu
verhindern: der Erfolg mußte jedoch ein geringer sein, so lange man
dem Volke keinen Unterhaltungsstoff bot, der zugleich billig und doch
gut war. In letzter Zeit ist auch dieser Anforderung genügt
worden. Die durch die Buchhandlung der Volksstimme zu be-
ziehende illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“,
bietet zum Preise von 10 Pfennig für ein wöchentlich erscheinendes
Heft dem Volke das Beste auf dem Gebiete der Unterhaltungsliteratur.
Mit Schluß vorigen Jahres ist der Roman „Die Stunden“ beendet
worden. Im vorliegenden, soeben erschienenen ersten Heft von 1899
wird mit dem höchst interessanten und spannenden Roman des fran-
zösischen Dichters Montepin, „Die Töchter des Südens“, einer gefalteten
und phantastischen Schöpfung, begonnen. Außerdem enthält jedes
Heft ein kleines Feuilleton, welches hübsche kleine Erzählungen, Witze
und Scherze enthält. Jedem Arbeiter, der nach geistig anregender
Unterhaltung verlangt, kann diese Romanbibliothek nicht genug
empfohlen werden. —

Die erste Sitzung der Stadtverordneten fand am
Donnerstag statt. Die Stadtverordneten waren zahlreich erschienen, die
Terzitäten gefüllt. Nach dem üblichen Rechenschaftsbericht, den der
Vorsitzende erstattete, folgte die Einführung der neu gewählten Stadt-
verordneten, sodann die Wahl der Vorsitzenden, des Schriftführers und
die Wahl verschiedener Kommissionen. Sodann wurde die Tages-
ordnung erledigt. Die meisten Gegenstände wurden glatt erledigt.
Nur bei der Beratung der Bewilligung von 1200 Mark für das vom
Leipziger Reiterverein im Sommer zu veranstaltende Wettenrenn,
und bei der Frage der Bewilligung des Breitenweges mit Stempelplakatt
entspann sich eine längere Debatte. Die 1200 Mark, sowie die Re-
phaltung des Breitenweges wurden beschlossen. Wegen die Be-
willigung der 1200 Mark stimmten die Sozialdemokraten, die ihre ab-
weichenden Ansichten durch Gärtner und Schmidt darlegten. Unser
Genosse Wolf bekam ein Amt — er mußte als Jüngling im Bunde
Stimmzettel einsammeln. Warum ist aber auch Wolf nicht einige
Jahre eher geboren. — Einen ausführlicheren Bericht bringen wir
morgen. —

Der Magistrat hat von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch
gemacht, bezüglich solcher Lustbarkeiten, die den Charakter einer
patriotischen Gedächtnisfeier zum Geburtsstage des Kaisers oder zu einem
sonstigen allgemein gefeierten nationalen Gedentage tragen, die
Lustbarkeitssteuer zu ermäßigen oder zu erlassen, angewandt, die
Gewährung von Steuererlass oder Ermäßigung für Kaisers-Geburtstags-
feiern auf den von dem Sonnabend vor diesem Tage und dem Sonntag
nach diesem Tage eingeschlossenen Zeitraum einzuschränken. Die gleiche
Beschränkung will der Magistrat gegenüber den Anträgen auf Steuer-
erlass oder Ermäßigung für die Sedanfeier einwirken lassen, also der-
artigen Anträgen nur stattgeben, sofern die betreffenden Feiern inner-
halb des Zeitraumes vom Sonnabend vor und Sonntag nach diesem
Gedentage veranstaltet werden. Endlich will der Magistrat auf Grund
des Absatzes 2 Nr. 2 des § 4 der Lustbarkeitssteuer-Ordnung Vereinen,
die einen anderen für die Vereinsgeschichte besonders bedeutungsvollen
vaterländischen Gedentag regelmäßig feierlich begehen und für diesen
Tag Steuererlass oder Ermäßigung in Anspruch nehmen, solchen nur
für Festlichkeiten gewähren, welche an dem betreffenden Gedentage
selbst, oder an dem diesem Tage zunächst liegenden Sonnabend oder
Sonntag abgehalten werden. — Die Ungerechtigkeit der Lustbarkeits-
steuer gegenüber den Bürgern und Vereinen unserer Stadt, die den
patriotischen Gedentagen fernstehen, springt in das Auge und spricht
für die Unhaltbarkeit der ganzen Steuer. —

Von einem Mitgliede der Kleinen Totenkassen-Gesellschaft
wird uns geschrieben: Bezugnehmend auf den Artikel in der Volks-
stimme, betreffend den Jahresbericht der „Bürger-Vergräbniskasse
Neustadt-Magdeburg“ sehe ich mich veranlaßt, ebenfalls einen solchen
Fall aus der „Kleinen Totenkassen-Gesellschaft“ zur allgemeinen Kenntnis
zu bringen. Zu meinem Bedauern bin ich nicht im Besitze des letzten
Jahresberichts, kann also die Einnahmen des Kassierers der genannten
Kasse nicht nennen; jedenfalls wird er aber in seinen Provisionen nicht
allzuweit hinter denen der Begräbniskasse Neustadt-Magdeburg zurück-
stehen. Soweit die Verhältnisse des Kassierers Herrn St. bekannt sind,
hat er es nicht nötig, beim Ueberbringen des Jahresberichts, auf
welchem gleichzeitig der übliche Neujahrswunsch angebracht ist, auf ein
Trinkgeld zu bestehen. Einmal war nämlich vor ca. zwei Jahren
durch längere Arbeitslosigkeit außer Stande, das erwartete Trinkgeld zu
zahlen, worauf der Kassierer den bereits abgelieferten Jahresbericht
zurückverlangte, und zwar mit der Motivierung, daß er denselben noch
für andere Mitglieder gebrauchen wolle. Ich frage nun an dieser
Stelle an, ist es dem Vorstand der Kleinen Totenkassen-Gesellschaft be-
kannt, wie sich der Kassierer gegen Mitglieder der Kasse benimmt?
Sicherfalls wäre ein wenig mehr Rücksicht gegen unermittelte Leute
am Platze. Diese Angelegenheit in den Generalbesammlungen zur
Sprache zu bringen, hält deshalber schwer, weil der größte Teil der

Mitglieder das Publikationsorgan, die Magdeburgische Zeitung, nicht steht. Eine Hauptforderung der organisierten Arbeiter, welche dieser Klasse angehört, sollte es sein, daß künftig auch in dem Organ der Arbeiter, der Volksstimme, die jährlich stattfindenden Versammlungen bekannt gemacht werden.

Der Verein zur Bekämpfung der Schwindmischgefahr in der Provinz Sachsen und dem Herzogtum Anhalt hält am Freitag, den 20. Januar, in Halle a. S. seine erste Generalversammlung ab, um die Satzungen des Vereins festzusetzen. Unsere Ansicht über den erst kürzlich gegründeten Verein haben wir seiner Zeit karggelegt. Wir werden auch fernerehin auf die Entwicklung des Vereins ein wachsameres Auge richten.

Der Verband der Kanarienzüchter-Vereine Magdeburgs und der Vorstädte veranstaltet in der Zeit vom 8. bis 9. Januar im unteren Saale der Reichshalle seine diesjährige Ausstellung von Kanarienvögeln. Unter den ca. 500 zur Ausstellung gelangenden Vögeln kommen 250 für die Prämierung in Betracht, welche innerhalb der drei letzten der Ausstellung vorangehenden Tage stattfindet. Zur Ausstellung zugelassen sind noch Vogelbauer, Fütterungs- und Hilfsmittel, Litteratur für die Kanarienzucht u. dgl. m.

Gemäß § 3 des Reichsgesetzes vom 28. Mai 1894 betreffend den Schutz der Briefkasten und des Briefkastenverkehrs im Krieges giebt der Polizeipräsident bekannt, daß der 1. Magdeburger Briefkasten-Klub „Schnellpost“ und der „Briefkasten-Verein Magdeburg“ ihre Tauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt haben.

Zu der Nacht zum Donnerstag wollte ein junger Mann von der Strombrücke springen, um seinem Leben ein Ende zu machen. Glücklicherweise war er von einem Herrn beobachtet worden, der ihn denn auch von dem gefährlichen Selbstmord in eubringlicher Weise abriet. Wie mitgeteilt wird, soll der Lebensmüde ein hiesiger Schneider sein, der sich in Selbstamputation befindet.

Zu dem Unglücksfall auf dem Buckauer Bahnhof wird uns herzlichsend mitgeteilt, daß der Beurlaubte Schloffer und nicht Wahnarbeiter ist.

Die Anarchisten als Versuchsobjekte.

Es stand von vornherein fest, daß die Magdeburgische Zeitung die Maßnahmen der Polizei gegen die Anarchisten gutheißen würde. Sie begrüßt es mit „vollster Anerkennung“, daß „die Polizei jetzt auf die anarchische Bewegung ein genaues Auge hat und die Anarchisten sehr sorgfältig aufs Korn nimmt“. Ganz besonders erfreut ist die Magdeburgische Zeitung mit den in der Volksstimme beschriebenen Maßnahmen der hiesigen Polizei gegen die als Anarchisten bekannten Personen und knüpft daran folgende Bemerkung: „Man ist in sozialdemokratischen Kreisen über diese Behandlung der abtrünnigen Brüder sehr ungehalten und spricht die Hoffnung aus, daß die Sache im Reichstage werde zur Sprache gebracht werden. Wir glauben, daß das polizeiliche Vorgehen, soweit es sich um genaue Kenntnis der anarchischen Bewegung und der in ihr thätigen Individuen handelt, auch vom Reichstage nur gutgeheißen werden wird. Die Vertikonschen Messungen haben zunächst bloß ein wissenschaftliches Interesse; wollen die Anarchisten nichts thun, um diese Wissenschaft zu fördern, so wird ihnen ja kein Zwang auferlegt.“

Zunächst sei festgestellt, daß nicht nur die Volksstimme über die Behandlung der Anarchisten ungehalten war. Die hiesigen Korrespondenten der Frankfurter Zeitung und des Berliner Tageblatts haben sich unseiner „Ungehaltenheit“ angeschlossen. Daß auch die demokratische Volkszeitung sich dagegen wendete, ist bereits hervorgehoben. Unerwähnt lassen wir die Haltung der Parteipresse, die selbstverständlich unsere Ansicht teilte. Weshalb lehnten sich die hier genannten Organe gegen das Vorgehen der Polizei auf. Es ist als ein unerhörter Zustand bezeichnet, daß die Polizei mir nichts dir nichts Staatsbürger, gegen welche nichts vorliegt, einfach auf die Polizei citiert und sie daselbst einer Prozedur unterstellt. Was schert aber die Magdeburgische Zeitung Gesetz und Recht, wenn nur die Polizei die Anarchisten „sehr sorgfältig aufs Korn nimmt“ — das ist der neue deutsche „Liberalismus“, der sich vor jeder Heimsuchung und Bückelhaube beugt und alles gut heißen muß, was in Preußen-Deutschland von der Polizei unternommen wird. Wie der Reichstag die Maßnahmen der Polizei beurteilt, wird sich ja finden; bislang hat daselbst noch immer ein Gefühl für Recht und Gesetz sich geltend gemacht. Und daß die Polizei zu den körperlichen Messungen kein Recht hatte, gesteht ja selbst die Magdeburgische Zeitung in ihrem Schlußsatz — „es wurde den Anarchisten ja kein Zwang auferlegt“.

Die ganz absonderlichen und allgemein besprochenen Maßnahmen der Magdeburger Polizei versucht nun die Magdeburgische Zeitung damit zu entschuldigen, daß die Messungen nach Vertikonschem System „zunächst (???)“ bloß ein wissenschaftliches Interesse“ gehabt hätten. Und die Anarchisten werden als Rückschritler verdächtigt, die durch Ablehnung der Messungen nichts beitragen. Es ist zum schändlichen, wenn die Sache nicht so verteuert erst wäre.

Wenn die Magdeburgische Zeitung sich als eine so eifrige Förderin der Wissenschaft entpuppt, weshalb schießt sie ihre dickleibigen Redakteure nicht in die Weinsaffstrafe? Wir glauben, an den Messungen der fleischigen, parfümierten Körpertheile nationalliberaler Redakteure könnte der Wissenschaft ein gleich hoher Dienst erwiesen werden, als durch die Messungen abgevakterter, knochiger Körpertheile schlechter Arbeiter. Unschätzbar wäre auch die zugleich anstrengende Untersuchung des — Gehirns nationalliberaler Zeitungsschreiber.

Zum Schluß bemerken wir, daß die Polizei „Anarchisten“ zu sich citiert hat, die mit den Anarchisten nicht das Geringste zu thun und sich auch schon beschwerdefähig an die der Polizei vorgelegte Behörde gewandt haben.

Die dumme-freche Bemerkung über die „abtrünnigen Brüder“ beantworten wir nicht. Wer Recht und Moral so mit Füßen tritt, kann sich auch fleghafte Bemerkungen erlauben.

Die Moral der Magdeburgischen Zeitung.

Ist ein Deutscher verpflichtet, sich zu wissenschaftlichen Experimenten herzugeben?

Wie bekannt, hat die Magdeburger Polizei Messungen nach Vertikonschem System an verschiedenen Einwohnern Magdeburgs vorgenommen, die ihr als Anarchisten bekannt sind. Die Frage nach den Grenzen der Berechnung solcher Messungen, die bisher nur an Werbr... vorgenommen zu

werden pflegten, muß im allgemeinen Interesse im Parlament eingehend erörtert werden. Das ist eine Forderung, die um des Rechts der Persönlichkeit willen von allen Parteien unterstützt werden muß.

Eine Erklärung für die in Magdeburg vorgenommenen Messungen verfaßt die Magdeburgische Zeitung zu geben; wie wir mit Bestimmtheit annehmen, nicht im Sinne der dortigen Polizeibehörde, welche jedenfalls andere Gründe zur Vornahme der Messungen gehabt hat, als ihr die Magdeburgische Zeitung unterzieht. In einer abstoßend freivolten Bemerkung, welche mit erschreckender Deutlichkeit beweist, wohin es mit dem Liberalismus mancher national-liberaler Zeitungen gekommen ist, sagt die Magdeburgische Zeitung:

Die Vertikonschen Messungen haben zunächst bloß ein wissenschaftliches Interesse; wollen die Anarchisten nichts thun, um diese Wissenschaft zu fördern, so wird ihnen ja kein Zwang auferlegt. Seit langem ist uns in der deutschen Presse nicht eine derartig jedem Gerechtigkeitsempfinden schlagende Äußerung zu Gesicht gekommen, wie diese. Jede deutsche Behörde wird eine solche „Verteidigung“ in ähnlichem Fall als schwere Beleidigung weit von sich weisen. So setzen wir auch von der Magdeburger Polizeiverwaltung voraus, daß sie der von der Magdeburgischen Zeitung gegebenen Erklärung, mit der sie sicherlich nichts zu thun hat, ein entschiedenes Dementi entgegensetzt.

Durch die brutal-höhnische Provokation, die sich die Magdeburgische Zeitung politischen Gegnern gegenüber herausnimmt, ist aber die Frage akut geworden, die wir eingangs dieser Zeilen formuliert haben. Wir hoffen, daß die Frage, ob sich ein Deutscher wider seinen Willen zu wissenschaftlichen Messungen hergeben muß, überall in Deutschland rundweg verneint wird. Wenn die Magdeburgische Zeitung es für zulässig hält, daß jeder Deutsche nach Belieben auf die Polizei citiert wird, um dort auch ohne sein Einverständnis zu wissenschaftlichen Zwecken einer eingehenden Körpermessung unterworfen zu werden, wohin würden wir dann geraten? Dann kann das, was heute der einen politischen Richtung passiert, morgen jeder anderen passieren. Und vielleicht vergehen nur ein paar Tage, daß die Magdeburgische Zeitung für die Messung ultramontaner „in wissenschaftlichem Interesse“ plädiert, weil vielleicht die Länge der Ehren und die Breite des Kinnes Ausschlässe giebt über die Ursachen der ultramontanen Gesinnung. Wenn dies den Ultramontanen un bequem ist, so brauchen sie, nach der politischen Moral der Magdeburgischen Zeitung, nur anzuhören, ultramontan zu sein. Ober ist es von hier nicht nur noch ein Schritt bis dahin, daß ein „gutgestimmtes“ Organ die Vertikonsche Messung z. B. des Professors Delbrück empfiehlt, aus wissenschaftlichem Interesse an der Beantwortung der Frage, wie dieser Mann zu einem politischen „Verbrecher“ werden konnte? Denn das ist er ja nach der Auffassung unserer chauvinistischen Presse, falls man ihn nicht milder beurteilt und ihn nur für politisch „unzurechnungsfähig“ erklärt. Aber selbst für diesen milderen Fall hätte die Feststellung der Schädeldimensionen des Bemitleidenswerten ein hohes wissenschaftliches Interesse. Gerade die empörende Gefühlsroheit, mit der das Magdeburger nationalliberale Organ die Frage behandelt, muß dazu treiben, daß die Angelegenheit gründlich erörtert wird. Am zweckmäßigsten wäre es, ja, es erscheint uns dringend geboten, daß sofort ein Quäsitiv antrag vorbereitet wird, der die gesetzlichen Wirklichkeiten gegen eine aufgezwungene körperliche Messung völlig unbestrafter Personen genau fixiert. (Volkszeitung.)

Nachrichten aus der Provinz.

Artern. (Unvorsichtiges Schütten mit einer Schusswaffe.) Der Arbeiter Karl Bohne in Artern wollte seinen Revolver verkaufen. Nachdem er denselben dem Käufer gezeigt hatte, legte Bohne den Revolver auf den Tisch; beim Niedersetzen entlud sich die Waffe, und der Schuh drang dem U. tief in den Hals, so daß seine Aufnahme in das hiesige Krankenhaus erfolgen mußte.

Reuhaldensleben. (Wacht bestätigt.) Der hier vor ca. 1 1/2 Jahr von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig gewählte Stadtrat Albert Rabe ist als solcher vom Regierungspräsidenten nicht bestätigt worden. Gründe waren in der begünstigten Mitteilung angegeben. Der Rabe war bei der letzten Reichstagswahl Kandidat der freisinnigen Volkspartei für die beiden Kreise Reuhaldensleben und Wilmstedt.

Duerfurt. (Diphtheritis.) Hier scheint eine Diphtheritis-Epidemie auszubrechen; schon sind eine ganze Anzahl Schulkinder von der heimtückischen Krankheit befallen.

Sangerhausen. (Aus dem Fenster gestürzt.) Der Rentier Wente, ein schon bejahrter Mann, stürzte in einem Schwindelanfall aus dem Fenster seiner Wohnung. Infolge der schweren Verletzungen des Halsrats starb der Verletzte bald nach dem Sturz.

Die Umsatzsteuer auf Warenhäuser.

Gegen die Umsatzsteuer auf Warenhäuser spricht sich auch der konservativ-orthodoxe Reichsbote mit großer Lebhaftigkeit aus: Dehnt man den Kampf auf alle großen kaufmännischen Geschäfte aus, so kann es nicht ausbleiben, daß, sobald eine solche Umsatzsteuer auf alle großen kaufmännischen Geschäfte gelegt ist, die rechtlichen und logischen Konsequenzen sich darin geltend machen, auch den Umsatz der anderen großen Geschäfte — der industriellen wie der landwirtschaftlichen — mit einer Sondersteuer zu belegen. Und was will man gegen solche Konsequenzen sagen, wenn man jene ursprüngliche Beschränkung auf die sogenannten Warenhäuser überschritten und eine Umsatzsteuer auf alle großen kaufmännischen Geschäfte gelegt hat? Umsatz ist Umsatz, ob er in diesem oder jenem Geschäft gemacht wird — und sobald die Grenze der Notwehr für die kleinen Geschäfte gegen die Anhängungsbezare überschritten ist, giebt es keine sachlich, rechtlich und logisch haltbare Grenze mehr für die Umsatzsteuer; dann müssen alle heraus... Aber noch auf eine andere Folge wollen wir hinweisen: Die großen Geschäfte werden sich gegen die Erdrückung durch die Umsatzsteuer so lange wehren als es geht, und zwar

dadurch, daß sie endlich ihre Lieferanten und Fabrikanten zwingen, ihnen die Waren billiger zu liefern, zweitens, daß sie dem Publikum Preisausschläge machen, die natürlich über die Prozente der Umsatzsteuer noch etwas hinausgehen müssen. Dadurch würde einerseits ein Druck auf die Arbeiterlöhne der Fabrikanten und andererseits eine Steigerung der Ausgaben für den Lebensunterhalt der Konsumenten bewirkt — und dem kleinen Geschäftsmann, dem die Vorteile des Masseneinkaufs der Großgeschäfte nicht zur Verfügung stehen, würde erst recht bei dem Fortbestand und der steigenden Konkurrenz der Bezare die Existenz unmöglich gemacht. Wenn wir das alles erwägen: die Unmöglichkeit der Umsatzsteuer für die kleinen Geschäfte, ihre ruinierende Wirkung gerade für die reellen großen Geschäfte, mit ihrem nach Tausenden zählenden großen Personal, ihre Konsequenzen für die großen Geschäfte in Industrie und Landwirtschaft und für die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse; wenn wir endlich nach einem sachlich und rechtlich stichhaltigen Grund für eine Umsatzsteuer neben der schon bestehenden Gewerbe- und Einkommensteuer für die Geschäfte vergeblich suchen, so ist es uns unumgänglich, uns für eine solche allgemeine Umsatzsteuer zu entscheiden, und diesen Erprobungsversuch mitzumachen; wir glauben auch nicht, daß die Regierung einer Steuer mit dem ausgesprochenen Zweck der Erdrückung großer Geschäftshäuser ihre Zustimmung geben wird.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Benzin-Explosion.) Im Hause Lindenstraße 90 explodierte im Keller aus noch unbekannter Ursache eine ca. 10 Liter enthaltende Benzinflasche. Die im Keller anwesenden vier Personen kamen mit dem Schrecken davon; einer von ihnen wurde von den Flammen erfaßt, konnte dieselben aber glücklicherweise schnell verlassen. Auch die Feuergefahr wurde beseitigt.

Spandau. (Den Posten erschossen.) Auf dem Tegeler Schießplatz wurde vergangene Nacht ein Militärposten des Elisabeth-Regiments von Civilpersonen, vermutlich von Angelfischern, erschossen.

Lorenzen — gegangen. Eine große Staatsaktion hat am Donnerstag auf der Kaiserlichen West in Kiel stattgefunden. Der Oberverwalter des Reichs, Herr Oberbaurat Meier, Baumeister Eitenroth, ein Obermeister und zwei Meister haben in einer Erörterung verhandelt — aber die Entlassung eines Arbeiters. Keines gewöhnlichen Arbeiters — mit dem macht man nicht so viel Federlesens — sondern am den bei-übten Musterarbeiter und Magiator Lorenzen handelt es sich. Mit einem Ingenieur der Kaiserlichen „Hohenzollern“ war L. in Wortwechsel geraten. Weiterer meldet die Sache sofort seinem Kommandanten, dieser dem Oberverwalter und so kam die Sitzung zustande. Mit Beamten ist Lorenzen in letzter Zeit mehrfach zusammengelassen, sein Vergehen ist erst vor ca. drei Wochen ein Werkführer seines Postens entbunden worden. Der jetzige Vorfall war der Stein, über den selbst ein Lorenzen fallen sollte. Zwar ist er freiwillig gegangen — so wie man gegangen wird, wenn kein anderer Ausweg bleibt. Eitel Freude herrschte am Abend bei den Werkführern über dieses Ereignis. Wer hätte gedacht, daß dieser wackere Sozialist einmal der West hätte den Rücken wenden müssen, dieser Lorenzen mit seiner ihm geistlich beschleunigten Schrift-„Sterei“, der so viel vor den anderen Arbeitern voraus hatte und wie kein zweiter „den Frieden zwischen den Arbeitern unter einander“ geführt hat.

Kleine Chronik.

Gewaltige Schneemassen bedecken seit einiger Zeit den Boden. Der regelmäßige Verkehr auf der Bahnstrecke Schierke-Brandenburg ist vorläufig eingestellt worden.

Die Hochwassergefahr ist in Kiel schon wieder beseitigt. St. Louis (Senegal.) Bei dem Einsturz eines Hauses wurden 4 Personen getötet und mehrere schwer verletzt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Sämtliche Komitee-Mitglieder der hiesigen Turnvereine werden ersucht, Sonntag, den 8. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Drei-Königebund“ zu erscheinen. H. Hoffmann.

Sonntag, 8. Januar: Central-Verein der Deutschen Formier- und Berufsgenossen. Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats nachm. 3 Uhr Mitglieder-versammlung bei Seebold, Braunschweigstraße 3. Neue Reichsblätter Arbeiter-Gesangverein. Nachmittags 3 1/2 Uhr Generalversammlung im „Weissen Hirs“. Arbeiter-Madonnenklub „Stem“. Früh 4 Uhr Saaljahre in „Friedrichs-Luis“.

Saalkre. Central-Kranken- u. Sterbefälle der Deutschen Wagenbauer. Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats sind die Beiträge nachmittags von 3-6 Uhr bei H. Träger zu entrichten.

Quittung.

Zu Partelzwecken gingen ein: W. R. 4,00. — W. L. 4,00. — W. S. 4,00. — F. W. 6,00. — Note Kündigung (giebt nicht) 1,15. — Herbergsbater 5,00. — Grüne Sieben 0,83. — Schoppen, Alte Neustadt, 4,55. — Bouterwald bei W. 1,10. — Note Hochzeit, Kameelstr. 8a, 0,50. — Expedition u. Redaktion der Volksstimme 6,00. — B. vorletzten Stück bei W. Matthias 2,00. — Mote Meißner a. D. 10,00. — Sudenburg: H. 3,45. — H. 5,35. — W. 2,60. — H. W. 16,65. — H. 7,95. — H. 3,00. — H. W. 10,00. — F. 15,75. — H. R. 10,10. — St. 5,25. — G. 4,50. — G. H. 2,25. — H. 2,9,45. — Schokolade 6,85. — H. R. 4,70. — Schließhube 15,35. — H. 8,80. — Redakteur 4,68. — H. Magdeburg, 4,10. — Amerikan. Aktion 4,27. — Budau 100,00. — Albert Vater.

Briefkasten.

W. Kiel. Ihre Depesche: Lorenzen, Konfliktgenosse, Kaiserl. West entlassen traf für die gestrige Nummer leider zu spät ein. Depeschen müssen bis 1 1/2 Uhr in unseren Händen sein. Gruß.

H. P., Schönebeck. Sie müssen Ihre Klage bei dem dortigen Amtsgericht anhängig machen. Das Gewerbeamt Magdeburg ist nur für den Bezirk Magdeburg (Stadt) zuständig. — H. Fr., Quedlinburg. Es wird am 15. d. Mts. den gewünschten Vortrag über die politische Lage halten. — Fr. P., Sudenburg. Ihr Verbot der 10 Pfg. Strafpunkte; die Verantwortung Ihrer Frage erfolgt in einer der nächsten Nummern. — F. St. Wir haben Nachforschungen in der betreffenden Angelegenheit unternommen, sind aber zu keinem Resultat gelangt. — E. M. Im heutigen Inseratenteil finden unsere Leser eine Gratulation aus Dänemark; um Irrtümer zu vermeiden, teilen wir an dieser Stelle mit, daß es auch in Dänemark eine Straße giebt, welche „Röben“ heißt.

Eingegangen: Versammlungsbericht der Zimmerer.

Letzte Nachrichten.

Hanau. Auf der Station Rudolzhafen wurde in das Stationsgebäude eingebrochen und der Inhalt der Kasse gestohlen. Rummel ist der Stationsvorsteher selbst in dieser Diebstahlsangelegenheit in Untersuchungshaft genommen worden.

Mitteilung für Alle, die Geld sparen wollen!

Heute, Sonnabend, den 7. Januar, beginnt mein

Inventur- u. Reste-Ausverkauf

Die denkbar größte Preisermäßigung habe eintreten lassen.

Siegfried Cohn.

Roeder & Drabandt
 Leder-Handlung
 Magdeburg, Himmelsreichstraße u. Jakobstr. 25
 Buckau, Schönebeckerstraße 48
 erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Druckerei der Volksstimme
 (F. Bethge)
 Magdeburg, Breiteweg 116.
 Für Gewerkschafts- und gesellige Vereine, Krankenkassen etc., sowie für den Privat- und Geschäftsbedarf
 Anfertigung aller Druckarbeiten
 in sauberer Ausführung bei solider Preisberechnung.

Restaurant Zur guten Quelle
 Wilhelmstadt, Querstr. 3.
 empfiehlt Mittagstisch und Abendessen und ein ff. Glas Bier aus der Aktien-Brauerei Neustadt-Magdeburg.
 Gleichzeitg dasselbe auch in Gebinden zu Brauereipreisen.
 Hochachtungsvoll
F. Schrader.

Empfehle:
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
 von den billigsten bis zu den feinsten Qualitäten.
Filzschuhe und Pantoffeln
 in allen Größen zu billigsten Preisen.
 Gefütterte Lederstiefel und Schuhe
 Gummischuhe für Herren, Damen und Kinder
 in jeder Preislage.
Carl Boyes, Schuhwaren-Lager
 Goldschmiedehrücke 5.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Breiteweg 41 Sudenburg Breiteweg 41
 Die aus der
S. Levy'schen Konkursmasse
 stammenden Waren
 werden neben anderen Waren zu staunend billigen Preisen verkauft.
 Normalhemden von 42 Pfg. an. Barchenthemden, eigene Aufertigung, für Männer, Frauen und Kinder von 50 und 98 Pfg. an. Chemisettes 28 Pfg. Kragen in den neuesten Facons, 4fach Betmen, 25 Pfg. Oberhemden 2.20 Mk. Krawatten in größter Auswahl von 4 Pfg. an. Betttücher in den schönsten Mustern 58 und 98 Pfg. Korsetts zu enorm billigen Preisen. Ein Posten Trikots und Güte 50 Prozent unter sonstigen Verkaufspreisen.
Helma Levy vorm. S. Gottfeld
 41 Breiteweg 41

Ortskrankenkasse
 für die in Magdeburg u. im kaufmänn. Gewerbebetriebe u. beschäftigten Personen in Magdeburg.

Am 17. Dezember 1898 trat das am 27. Oktober 1898 genehmigte Ortsstatut betr. die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Heimarbeiter und Hausgewerbebetreibenden in Kraft.
 Wir fordern nunmehr alle bei unserer Kasse zuständigen Arbeitgeber auf, die verpflichteten Anmeldungen für oben näher bezeichnetes Personal innerhalb der gesetzlich und statutarisch vorgeschriebenen Zeit auf unserem Kassenlokal bewirken zu lassen. Die Unterlassung der Anmeldung bringt die in den §§ 49, 50 und 51 des Kranken-Versicherungs-Gesetzes angedrohten Strafen mit sich.

Der Vorstand.
 Carl Boring, stellvert. Vorsitzender.

Außerordentliche Generalversammlung
 der Ortskrankenkasse der Tischler und Stuhlmacher Magdeburgs

am Sonnabend, den 14. Januar 1899, abends 8 Uhr in der „Burg Halle“, Tischlerkrugstraße 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Mitglieder zur Verschmelzung der Kasse?
 2. Kassenangelegenheiten.
 Um recht zahlreiche Beteiligung erucht
 Der Vorstand.

Verband der Zimmerer Deutschlands
 Filiale Groß-Otterleben.
 Sonnabend, den 7. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Hrn. Strumpf
Versammlung.

Öffentlicher Vortrag
 des Herrn Wolfsdorf
 über:
Die Bibel nur Menschenwerk
 am Montag, den 9. Januar d. J., abends 8 Uhr in der Schweizer-Halle zu Cracau.

Hofjäger-Burg.
 Sonntag:
Tanz.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
 zu ganz billigen Preisen unter voller Garantie empfiehlt
H. Hahnwald
 M.-Sudenburg, Br. Weg 51.

Wenig getr. bid. Heberzieher f. 6.50 Mk. e. Damenkleid f. 6 Mk. Umfassungstr. 22 pt.
Frisches Schweinefleisch
 zu den billigsten Tagespreisen.
 Jeden Sonnabend u. Sonntag:
Warme Knoblauchwürst und Pökelfleisch
 empfiehlt
E. Glaser
 Zimmermannstraße Nr. 10.

Heute frische Würst
 bei
A. Lehmann
 Schmiedekrücke 57.

Ohne Versuch schmeckt nichts!
 Versuchen Sie, geehrte Hausfrau, meine gebrannten Kaffees das Pfund zu 80, 90 oder 100 Pfg.
Kaffee-Rösterei Sudenburg
 Breiteweg 120
 Ecke Braunschweigerstraße.
 5 Proz. Rabatt. Versand nach außerhalb. Preislisten sind im Laden zu haben.

90. Pfand-Versteigerung.
 Mittwoch, den 11. Januar d. J., von nachmittags 2 Uhr an, sollen
 Franziskanerstr. 3a
 alle die im Monat März 1898 verfehten und erneuerten, von Nr. 13944 bis 15862 verzeichneten, bis dahin nicht eingelösten oder erneuerten, mithin verfallenen Pfänder, durch den Gerichtsvollzieher Herrn Ebeling öffentlich meistbietend versteigert werden.
Privat-Pfandhaus
 M. Korn.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.
Kauft! Kauft! Kauft!
 nur Hausbackenbrot von der Bäckerei
 D. Klocke, Al. Klosterstr. 17. 871

Gesucht werden:
 Unentgeltlicher Arbeitsnachweh der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Ein Schirmmeister und zwei Schlosser auf Windenbau, Tischler, Buchbinder, Stellmacher, Schuhmacher und Schmiebe.

Es suchen Stellung:
 Unentgeltlicher Arbeitsnachweh der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schneider, Sattler, Bäder, Tischler, Drechsler, Formner, Steinmetz, Felzer, Dreher, Klempner und Arbeiter für jede Arbeit.

Olvensfeld. Uns. Freunde Friedrich Geburtstags ein donnerndes Lebehoch, daß die ganzen Robben-Bewohner Wolke fangen. Wo bei sie woll wat merken lett? 881

Olvensfeld. Die ausgeprochene Verleibigung gegen Ulse Lübbemann nehme ich hiermit zurück.
 Frau Mähring. 870

Küchensettel der Magdeburger Volkstüchen
 Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.
 Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Walhalla-Theater.
 Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Stadt-Theater.
 Freitag, den 6. Januar 1899:
 Noch einmaliges Gastspiel der königlichen Hofopernjungern Therese Rothhauser vom königlichen Hofoperntheater in Berlin.
Mignon.
 Oper in 3 Akten. Musik von Ambrosius Thomas.
 Mignon — Therese Rothhauser als Gast.

Sonnabend, den 7. Januar 1899:
Die Gaubenlerche.
 Schauspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.
 Sonntag, den 8. Januar, nachmitt. 3 Uhr:
Zur weißen Köhl.

Wilhelm-Theater.
 Sonnabend, den 7. Januar 1899:
 Neu! Zum 2. Male! Neu!
Eine Drillingmutter.
 Schwank in 3 Akten von Grass.

Cirkus-Theater.
 Täglich 8 Uhr:
 Das sensationelle Programm!
 Nur Attraktionen!
 Die Schwestern Parisson traten nur noch 2 Abende auf.
 Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

Das deutsche Wirtschaftsjahr 1898.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr gleicht äußerlich in allem wesentlichen seinem Vorgänger.

Die Industrie sah ihre Produktionsfähigkeit weiter in außergewöhnlichem Maße angepannt. Mit Ausnahme der Textilindustrie, die seit Jahren schon an Uebererzeugung leidet und daher auch, in Deutschland wie in andern Ländern, am lautesten nach Eröffnung neuer Märkte schreit, sind die Preise überall günstiger geblieben, zum Teil sind sie sogar weiter gestiegen. Selbst die Landwirtschaft hat ihre Produkte verhältnismäßig hoch verwerten können; dazu verfügte sie über eine außerordentlich reiche Ernte.

Das behagliche Wohlgefühl, das alle kapitalistischen Kreise durchdrang, war so unerschütterlich, daß alle Prognosen aus nahen und fernem Wetterwinkeln kaum einen Eindruck hinterließen. Währungs- und sonst die Wörte Wäden zu seihen liebt, hat sie im letzten Jahre in aller Seelenruhe die größten Kameele verschluckt. Der koloniale und finanzielle Zusammenbruch Spaniens, das Aufstreben der Union als Kolonial- und Welt handelsmacht, die englischen Schiffsdemonstrationen in den chinesischen Gewässern gegen Kutschland und seine Hefershelfer in Peking, die weitere Zerstückelung des ewigen Reiches der Mitte, die Siege des Sirbar und die erbitternde Demütigung Frankreichs, das alles hat auf sie weder einen tiefer greifenden noch einen länger dauernden Einfluß auszuüben vermocht. Man suchte wohl im ersten Augenblick, wandte sich dann jedoch wieder den gewinnbringenden Alltagsgeschäften zu. Man steht in allen großen Umwälzungen des internationalen Wirtschaftslebens vorläufig nur das Gute: die Ausschließung neuer Gebiete für riesenhafte Kapitalanlagen, die Belebung des Ansehens, den wachsenden Bedarf an friedlichem und kriegerischem Schiffsmaterial daheim und in allen Buchten der freudigen Meere. Man glaubt noch an keinen Umschlag, man weist triumphierend auf die stetig steigenden Ziffern der Produktions- und Handelsstatistik hin.

Die deutsche Ausfuhr — der Jahresabschluß liegt noch nicht vor — hatte sich von Januar bis Ende November um fast genau 21 Millionen Doppelzenter, um weit über acht Prozent, gegen das Vorjahr vermehrt. Die Einfuhr, lediglich wegen des Mehrbedarfs unserer Bevölkerung und unserer Industrie an Getreide und Rohstoffen, hob sich um 24,8 Millionen Doppelzenter, während unsere Zahlungsbilanz weiter günstig blieb. Vergleicht man dem Werte nach die Ziffern der drei ersten Quartale, so ergibt sich eine Ausfuhr Deutschlands

1895 von	2407,6	Millionen	Markt
1896	2611,0	"	"
1897	2684,3	"	"
1898	2742,9	"	"

Die größte Belebung haben indeß zweifellos die inneren Wirtschaftsbeziehungen aufzuweisen, die für das ökonomische Gesamtbefinden Deutschlands überhaupt ausschlaggebend sind.

Kennzeichnend hierfür ist vor allem die weitere Zunahme der Eisenbahntransporte. Allein Preußen, mit Einschluß der einverleibten hessischen Schienenwege, hatte hier bis November eine Mehreinnahme von 50 Millionen Markt gegen das Vorjahr. Dabei war schon lange vorher das Wachstum der Güterbewegung ein ganz erstaunliches. Sie umfaßte auf den deutschen Bahnen

		im Inlandsverkehr allein	
	151 Millionen Tonnen	128	Millionen Tonnen
1890 . . .	151	128	"
1892 . . .	158	133	"
1893 . . .	155	139	"
1894 . . .	174	146	"
1895 . . .	181	152	"
1896 . . .	202	170	"
1897 . . .	218	183	"

Weiter spricht die andauernde Prosperität aus den fortgesetzten Neugründungen, vor allem jedoch aus den zahlreichen Umwandlungen alter Privatabblissements in Aktiengesellschaften, meistens natürlich mit starker Erweiterung und vollständiger Umgestaltung der früheren Betriebe. Das Aktienkapital der im ersten Halbjahr gegründeten Gesellschaften belief sich

1889 auf	182,6	Millionen	Markt
1890	163,0	"	"
1892	38,9	"	"
1893	39,6	"	"
1894	47,2	"	"
1895	97,5	"	"
1896	151,0	"	"
1897	131,5	"	"
1898	244,5	"	"

Der Baschische Jahresbericht verzeichnet ferner mit Einrechnung aller an den deutschen Markt gebrachten Staats-, Kommunal- und sonstigen notierten Anleihen, folgende Gesamt-Emissionsziffern, nach dem Ausgabepreis festgestellt:

im ersten Semester		1889 973 Millionen Markt	
"	"	1890	695
"	"	1892	640
"	"	1893	980
"	"	1894	622
"	"	1895	659
"	"	1896	1142
"	"	1897	750
"	"	1898	1532

Die große elektrotechnische Revolution, die mit immer zunehmender Beschleunigung unsere Transportweise, unsere Licht- und Kraftversorgung umgestaltet, hat an

diesen Kapitalanlagen natürlich einen großen Anteil — von 1894/95 ab beansprucht sie jährlich für Aktien und Obligationen 77, 148, 245, 360 Millionen Markt, mit Hinzufügung sonstiger Anleihen wahrscheinlich weit mehr wie 500 Millionen. „Deutschland steht an der Spitze der Verbreitung der angewendeten Elektrizität.“

Diese dauernde Hauffe auf fast allen Gebieten nahm zuletzt die Banken derart in Anspruch, daß sie mit einer bisher kaum dagewesenen Festigkeit ihre Goldschätze vertheidigen mußten. Als am 9. April die Reichsbank zum ersten Male zu einer Diskonterhöhung schritt, von 3 auf 4 Prozent, sah man anfangs darin nur eine Vorbeugung gegen den Abfluß deutschen Goldes nach den Vereinigten Staaten, die sich soeben zur Eröffnung des Krieges mit Spanien anschickten. Doch der Krieg ging zu Ende, aber die Zinssteigerung blieb und setzte sich weiter fort: am 10. Oktober auf 5, am 9. November auf 5½, und am 19. November auf 6 Prozent, eine Höhe, die nur zweimal während des Bestandes der Reichsbank, nämlich 1877 und 1882, erreicht worden ist. Die große Centralbank sah noch niemals so viele Wechsel und Lombardwerte zur Umwandlung in Geld sich herandrängen; am 30. November hatte sie 1 089 151 000 Markt in solchen „Anlagen“ festgelegt. Die Goldreserve war am 7. Oktober auf 508 Millionen herabgegangen, der steuerfreie Notenumlauf war zeitweilig um 276½ Millionen überschritten.

Auch diese kapitalistische Zuspitzung des Geldmarktes hat indeß den Optimismus der Börse und der Großindustrie nicht zu erschüttern vermocht. Man nimmt die größeren Schwierigkeiten der Leihgeldbeschaffung ruhig mit in Kauf, so lange der winkende und der tagtäglich erzielte Profit den Zins noch immer so beträchtlich übersteigt. Die Werte an Mehrwert ist so groß, daß man sie ruhig mit den Banken und dem Leihkapital teilen kann.

Hat die Arbeiterklasse an diesem berausenden Zuwachs an Reichtum entsprechend teilgenommen? Vielleicht ist die industrielle Reserve-Armee, die, wenn die Industrie ihre Periode der Stodung durchmacht, die Landstraßen und die Obdachlosen-Ahyle überflutet, im Augenblick stark zurückgegangen. Vielleicht ist die Masse der ständigen Arbeiter, für welche die Stodung vermehrte Feierschichten und größeren Lohndruck bedeutete zum Teil wieder mit Vollkraft thätig und verdient sowohl mehr, wie es der gesteigerten Arbeitslast entspricht. Sollen die Schöpfer alles Wohlstandes für immer mit diesen Projamen abgefunden sein?

Zweifellos ist der bürgerliche Mittelstand gerade in den Jahren des Ausschwunges rascher wie sonst aufgerieben worden; er wird demnächst, wenn die nahende Krisis ihn vollends proletarisiert, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte verschärfen.

Der Rückschlag wird kommen und die errungenen paar Spargroschen der Proletarier rasch wieder aufzehren. Je höher der Ausschwung, desto tiefer der Sturz, den alle Jagd nach neuen Abgabefeldern in der Fremde nicht hindern und nicht einmal mildern kann.

Wie Jahre ist es dem Kapital endlich wieder einmal geqlückt, sich ohne schwere Erschütterungen zu rühren und zu entfalten. Wird es sich seines Glückes noch lange freuen können? — (Vorwärts.)

Aus der Parteibewegung.

Bei der Besprechung des Falles Kirschner verlangt die Post, daß derselbe den Einfluß der Sozialdemokratie und ganz besonders den Einfluß des Herrn Singer auf die Stadtverwaltung breche. Wie Herr Kirschner es anstellen soll, die Sozialdemokratie an ihrer Mitarbeit auf kommunalem Gebiet zu verhindern, bleibt das Geheimnis der weisen Scharfmacher. Soll Herr Kirschner die Berliner Sozialdemokraten ergebnislos bitten, sich an den Stadtverordnetenwahlen freundlichst nicht mehr zu beteiligen, damit die Stadtverordnetenversammlung von Sozialdemokraten „geäubert“ werde? Oder soll Herr Kirschner den Wählern des Herrn Singer und der übrigen sozialdemokratischen Stadtväter nahe legen, in Zukunft konservative und Antisemiten zu Stadtverordneten zu wählen? Die Post verlangt von Herrn Kirschner, daß er den Sozialdemokraten in den Sitzungen im Sinne der Scharfmacherei entgegentrete. Etwa nach dem Muster, das seit nahezu drei Jahrzehnten vom Bundesratsstische aus im Reichstage geboten wird? Will das Botfahstervergan nicht wissen, daß gerade aus der verkehrten Art ihrer Bekämpfung die Sozialdemokratie den größten Teil ihrer agitatorischen Kraft geschöpft hat, so daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Wähler in einem Vierteljahrhundert verzehnfacht hat und die Partei die stärkste im Reiche geworden ist? Meint das Scharfmacherorgan, daß etwa ein Oberbürgermeister mit den Anschauungen des Herrn von Stumm oder des Herrn Puttkamer, oder des Herrn von Köller das Note Haus für die konservativ-antisemitischen Parteien erobern würde? Herr Kirschner kann auch der Sozialdemokratie gegenüber schlechterdings nicht anderes thun, als ihre Anträge streng sachlich prüfen; er kann sie billigen, wenn sie ihm zum Nutzen der Kommune zu dienen scheinen; er kann sie sachlich bekämpfen, wenn das nicht der Fall ist.

Ein Jahr ohne Strafen! Die Fränkische Tagespost und der Lübecker Volksbote sind in der glücklichen Lage mitteilen zu können, daß das Jahr 1898 ihnen keine gerichtlichen Strafen gebracht hat. Desto dicker sind die Strafen anderwärts einetroffen.

Ein bedeutamer Fortschritt unserer Bewegung ist im Staate Kalifornien zu verzeichnen. Bei den Staats-

wahlen im Jahre 1898 wurden dort 1611 sozialistische Stimmen abgegeben. Bei den diesjährigen Wahlen erhielten unsere Kandidaten:

Harriman als Gouverneur	5148
Andrew als dessen Stellvertreter	8784
Lieft als Staatssekretär	8380
Robertson als Kontrolleur	7585
Dewey als Schatzmeister	9856
Hamilton als General-Staatsanwalt	7144
Smith als Verwaltungsdirektor der Staatsländereien u.	8758
Wadde als Schreiber des höheren Gerichts	9867
Jane Houston als Vorsteherin des Schulwesens	6698
Conti als Staatsdrucker	7101

Am bei der amtlichen Stimmenaushählung offiziell als eine Partei genannt zu werden, waren bei einer Gesamtbeteiligung von 287 084 Wählern mindestens 8611 = 3 Prozent aller Stimmen nötig. Vier unserer Kandidaten haben diesen Prozentsatz übertroffen. Die Sozialdemokratie Kaliforniens hat sich damit die offizielle Anerkennung als Partei erobert. Sie ist nun die dritte Partei im Staate. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Ueber den Weberstreik in Eupen wird gemeldet, daß die Pläge der Streikenden vielfach durch Weber aus Verziers ersetzt sind. Diese übernahmen in der Fabrik, wo sie auch beschäftigt werden. —

36 stündige Wechfelschichten kommen, wie uns geschrieben wird, auf der Königsütte in Oberschlesien wieder in Uebung und zwar bei den Kesseln des Hochofenbetriebes. Gerade an dieser Stelle ist die übermäßige Anspannung der Arbeiter aber äußerst bedenklich. Die Beforgung der Kessel erfordert aufmerksame Leute. Wer kann aber 36 Stunden lang aufmerksam sein? —

Die Vielesfelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp u. Ko. in Vielesfeld hat in dem letzten Geschäftsjahre, das übrigens nur 9 Monate umfaßte, einen Reingewinn von über 996 000 Markt erzielt. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 20 Prozent vor. —

Ausland.

Die Bauarbeiter von Westböhmen haben für das Jahr 1899 einen Lohnarif aufgestellt, den sie in Form eines Memorandums allen Bauunternehmern und Baumeistern überreicht haben, und für dessen Durchführung die Bauarbeiter auf allen Baupläzen Westböhmens eintreten müssen. Sie verlangen: Die Schichtdauer eines Arbeitstages ist von 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends festzusetzen, wovon eine halbe Stunde auf die Vormittags- und eine halbe Stunde auf die Mittagspause entfallen; hierfür wird für die verschiedenen Arbeitskategorien folgender Minimallohn verlangt: für Maurer, Zimmerer, Steinmeger und Felsenarbeiter einen Tagelohn von 2 fl. 20 kr.; für Hilfsarbeiter 1 fl. 60 kr. und für weibliche Arbeiter 1 fl. 10 kr. Ferner wird die Beseitigung der Accordarbeit gefordert, sowie die Errichtung von Baubuden und Aborten. —

Die Kinderarbeit in Deutschland.

Nach den Berichten der Gewerbe-Inspektoren hat die Kinderarbeit, welche durch das Arbeiterschutzgesetz vom Jahre 1891 eine Verminderung erfahren hatte, wieder zugenommen. Es wurden danach in Fabriken beschäftigt:

	Knaben	Mädchen	Zusammen
1886 . . .	13 529	7 514	21 053
1888 . . .	14 738	8 175	22 913
1890 . . .	17 254	10 231	27 485
1892 . . .	7 315	3 897	11 212
1893 . . .	3 730	2 181	5 911
1894 . . .	2 682	1 577	4 259
1896 . . .	3 343	1 969	5 312
1897 . . .	3 770	2 381	6 151

Auch diese Zunahme wird auf den Ausschwung der Industrie und den Mangel an Arbeitskräften zurückgeführt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Kinder hauptsächlich in kleineren Betrieben beschäftigt werden, die sich durch die billigste Arbeitskraft konkurrenzfähig erhalten wollen. Bemerkenswert ist, daß der Beante für Ostpreußen in allen Fällen, in denen Kinder in Fabriken angetroffen wurden, Ueberretungen der gesetzlichen Bestimmungen feststellte. Die Fabrikarbeit der Kinder ist aber geringfügig im Vergleich zur Kinderarbeit in kleingewerblichen und hausindustriellen Betrieben. Der Gewerbe-Inspektor in Mühlhausen i. Th. beklagt wiederholt die ausgedehnte Verwendung von Kindern zum Garnspulen in der Hausindustrie des Eichsfeldes und wünscht, daß diese Beschäftigung der Inspektion der Gewerbeaufsichtsbeamten unterstellt werde. Der Arnberger Gewerbeberater hebt hervor, daß in Herlohn 514 Kinder mit dem Anknüren von Nähnadeln beschäftigt werden. Auch in Meßern, Lüdenscheid und Kreis Wittgenstein wurde die Kinderbeschäftigung, um dem gesetzlichen Verbot zu begegnen, aus den Fabriken in die Hausindustrie verlegt. Der Nachener Bericht nimmt an, daß 4000 bis 5000 Kinder des Bezirks in der Hausindustrie thätig sind. Im Bezirk Döbeln gingen Cigarrenarbeiter und Arbeiterinnen vielfach von der Thätigkeit in der Fabrik zur Hausindustrie über, um bei der letzteren zahlreiche Kinder als „Mrippler“ zu beschäftigen. In den Lokalbältern wurden namentlich zur Osterzeit Kinder für diese Arbeiten häu. Auch der Aufsichtsbeamte für Lippe schließt aus der niedrigen Zahl der jugendlichen Arbeiter an den Cigarrenfabriken auf eine starke Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Kinder in der Cigarrenhausindustrie.

In Neuf. S. wurde nach wie vor die Wahnehmung gemacht, daß die Beschäftigung von Kindern bei den in geringem Umfange betriebenen Hausindustrien eher zu- als abgenommen hat. Der Ausschichtsbeamte berichtet u. a. über die im russischen Oberland betriebene Blattschneiderei folgende: Die eigentliche leitende Firma befindet sich in Pskow l. B., von hier aus werden die Arbeiten durch Faktorien in die einzelnen Landorte verteilt. Hier übernehmen wiederum gegen 40 zerstreut wohnende ältere Frauen und Mädchen die Aufgabe der Arbeiten an Familien und erteilen gleichzeitig die nötige Anleitung. Erstaunlich soll hierbei die Geschicklichkeit und der Fleiß der Kinder sein, welche, angelehnt durch einen ständlichen Verdienst von 10 Pfg., bis herab zum Alter von 5 und 6 Jahren zu diesen Arbeiten zahlreich mit herangezogen werden. Ob unter dieser Thätigkeit der Kinder der Schulunterricht leidet, hat der Berichtsersteller nicht in Erfahrung bringen können, es erscheint ihm aber im Interesse der körperlichen Entwicklung der Kinder geboten, eine allgemein zulässige niedrigste Altersgrenze für die hausindustrielle Arbeit festzustellen. Da giebt es Arbeit für Sozialreformer in Fülle und Fülle! —

Die Frauenpost.

(Der Nr. 1 der Gleichheit entnommen.)

6 Studentinnen der Medizin weist in diesem Semester die Universität Halle auf, welche die Frauen zu den anatomischen Kursen zuläßt. In Berlin dagegen wurde es 5 Studentinnen der Medizin nicht gestattet, an einem anatomischen Präparierkursus teilzunehmen. In Halle studieren außer den 6 Medizinerinnen noch 5 Damen, welche sich der Philosophie, 3 Amerikanerinnen, Engländer und Dänemärker sind durch je eine studierende Dame vertreten.

Ein Studentinnenverein hat sich nach dem Vorbild des Berliner Vereins unter Leitung von Fräulein Dr. von Posner in Wien gebildet. Zur Zeit studieren 75 Frauen an der dortigen Universität.

10 Ärztinnen und 30 Ärzte sendete die russische Regierung zur Bekämpfung der Pestinschleppung in das Samarkandgebiet.

Die erste englische Architektin, Miss Ethel Mary Charles, ist, nachdem sie alle Prüfungen glänzend bestanden hat, zum Mitglied des königlichen Instituts der Architekten ernannt worden.

In die Schulkommission zu Kopenhagen ist in letztem Herbst zum ersten Male eine Frau gewählt worden. Bis jetzt war den Frauen jede direkte Anteilnahme an der Schulverwaltung verwehrt.

Gemeinde-Zeitung.

Die Anstellung von drei Schulärzten an den Volksschulen beschlossen einstimmig die Stadtverordneten von Bonn am Rhein. Nach der Dienstausweisung haben die Schulärzte die Aufgabe, die neuereitenden Schüler zu untersuchen und das Ergebnis auf einem sogenannten Gesundheitsbogen zu verzeichnen, der das Kind von Klasse zu Klasse begleitet und bei etwaigem Wechsel der Schule an diese weitergegeben wird. Ferner hat jeder Schularzt allmonatlich während der Schulstunden eine Sprechstunde in Gegenwart des Leiters oder der Leiterin der Schule abzuhalten, wobei sämtliche Kinder äußerlich untersucht und die einer genaueren Untersuchung bedürftigen Kinder zurückgestellt werden. Bei dieser Gelegenheit hat der Schularzt auf die Heizung, Lüftung und Beleuchtung etc. der Schulräume zu achten und die von ihm entdeckten Mängel sofort zur Sprache zu bringen. Die Schulärzte erhalten für ihre Thätigkeit eine Vergütung von je 600 Mark jährlich.

Ein Nachahmens-Beschluß hat der Magistrat in Würzburg gefaßt: Er läßt die Zähne der unbemittelten Volksschüler durch einen Zahnarzt untersuchen und unentgeltlich behandeln, soweit die Eltern ihre Einwilligung dazu geben. Auch die Behandlung anderer Erkrankungen, so des Ohres und des Halses, wird beabsichtigt, wenn die erste Maßregel sich bewährt.

Die Münchener Medizinische Wochenschrift meldet: Der ärztliche Bezirksverein München beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 28. Dezember v. J. mit der Frage der Feuerbestattung. Dr. K. Franke erstarrte ein die Frage nach allen Richtungen beleuchtendes Referat. Nach eingehender Diskussion, welche erkennen ließ, daß die Münchener Ärzte mit überraschender Einmütigkeit die Ueberlegenheit der Feuerbestattung gegenüber dem Begräbnis anerkannten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Feuerbestattung besitzt in gesundheitlicher und ökonomischer Beziehung wesentliche Vorzüge“ vor dem Begräbnis, zur Notwendigkeit wird sie in Fällen verheerender Volksplagen. Darum spricht sich der ärztliche Bezirksverein München für die alsbaldige Erbauung von Leichenhäusern, so vor allem in München, aus und für die fakultative Benutzung derselben.“ Unser Standpunkt in dieser Sache ist bekannt.

In Wiesbaden hat der Magistrat 15 000 Mark zur Errichtung einer Urnenhalle in den städtischen Gärten für 1899 eingestellt, vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Gemeindevertretung Kopenhagens hatte seinerzeit dem „Verein zur Speisung von Freischulkindern“ jährlich 4000 Kronen Subvention bewilligt, weil sie die Thätigkeit dieses Vereins im Armenbudget durchsparen machte. Als 1893 die Opposition in die Gemeindevertretung kam, legte sie unter dem Widerstande der Rechten die Erhöhung auf 10 000 Kronen durch, und als kürzlich die Opposition die Mehrheit im Gemeinderate bekommen hatte, bestatigte sie die Bewilligung von jährlich 20 000 Kronen für die Speisung armer Schulkinder. Weiter sollte diese Unterstützung nicht mehr aus dem Armenfonds, sondern aus dem Fonds für philanthropische

Zwecke genommen werden. Die Rechte und der Magistrat widersetzten sich dem Antrage. Da drohte der Gemeinderat, dann das ganze Budget nicht bewilligen zu wollen, in welchem Falle dem Ministerium die Entscheidung des Streitfalles obzulegen hätte. Im letzten Augenblick fand der Magistrat und die Rechte einen Ausweg: man bewilligte 10 000 Kronen aus dem Fonds für philanthropische Zwecke und 10 000 Kronen aus dem „Armenfonds“. Der Ausgleich ist angenommen. In Kopenhagen stehen also jetzt jährlich 20 000 Kronen für die Speisung von Schulkindern zur Verfügung.

Ungleich kläger wie manche andere Großstadt hat London gehandelt, indem es die Ausnutzung seiner Straßen nicht mehr einigen Privatkapitalisten, sondern der Gesamtheit der Steuerzahler zu gute kommen läßt. Mit dem 1. Januar nämlich ging das Londoner Verkehrs- und Straßenwesen in die Hände des Londoner Grasschaftsrats über, der von dem ihm zustehenden Rechte, das System nach Ablauf der Konzession zu übernehmen, Gebrauch machte. Es handelt sich hierbei um 6 deutsche Meilen der bestverwalteten Straßenbahnen mit einem Stab von 1900 Beamten. Das eingezahlte Kapital der Gesellschaft hatte 18 Millionen betragen, aber der Wert der Aktien betrug zur Zeit der Uebernahme annähernd 40 Millionen. Der vom Grasschaftsrat gezahlte Preis betrug 17 Millionen. Die Personenbeförderung steigt von Jahr zu Jahr, besonders da hier das Half-Penny-System eingeführt ist, d. h. daß man für 4 Pfennige Strecken bis zu einer viertel deutschen Meile fahren kann. In dem mit dem 31. Dezember 1897 endenden Halbjahr wurden 55 1/2 Millionen Passagiere befördert und die Einnahmen betragen für dieselbe Zeit 4 1/2 Millionen Mark. Der Reingewinn des letzten Jahres belief sich auf ca. 1 3/4 Millionen Mark. Die Hälfte dieses Gewinnes wird von nun ab zur Verzinsung der Kaufsumme und für Amortisation verwendet werden. Die andere Hälfte wird zwar vorläufig noch nicht vollständig in die Taschen der Steuerzahler zurückkehren — da ein Teil für weiteren Ausbau des Systems und für Verbesserung der Lage der Angestellten verwendet werden muß — nichtsdestoweniger hat aber London eine Erwerbung gemacht, die mit der Zeit zu einer sehr guten Einnahmequelle für die Gesamtheit der Bürgerchaft werden wird.

Ein Gang durch Fauner und Not in München.

Da die vom Münchener Magistrat vorgeschlagene Wohnungs-enquete leider nicht zu Stande gekommen ist, hat kürzlich die katholische Arbeitervereinsleitung über die Wohnungsverhältnisse der kleinen Leute und Arbeiter in München angestellt. Es wurden Fragebogen ausgegeben und überdies durch persönliche Angewandtheit die Antworten kontrolliert. Das Ergebnis der Untersuchung soll der Öffentlichkeit übergeben werden. Doch wird schon jetzt in der Niederbayerischen Zeitung ein Bild von den Wohnungsverhältnissen in einem Hause der inneren Stadt, nahe am Viktualienmarkt, auf Grund der Aufzeichnungen der Wohnungs-kontrollen mitgeteilt. Wir entnehmen der Schilderung folgende Einzelheiten:

Es ist ein vierstöckiges, mit dem Dachgeschoß flussfähiges Gebäude mit dunklen Treppenhäfen, dunklen Gängen und Wohnungen, das wir betreten. In dieser Mietskammer wohnen 115 Menschen. Mehr als der dritte Teil davon, die Armen und Armen, wohnen im Dachgeschoß dicht gedrängt zusammen. Ursprünglich für vier Familien berechnet, dient nun dieser abgetheilte Dachraum sechs Familien mit 17 Kindern unter vier Jahren und fünf Schlafgängern, zusammen 41 Personen als Wohnung. Die erste Wohnung hat ein lungenförmiger, totkranker Mauerer mit seiner achtköpfigen Familie inne. Die Wohnung war aufgeräumt und reinlich, sie besteht aus drei Zimmern und einer Küche. Der erste 45,7 Kubikmeter große Raum bildet das Wohnzimmer sowie das Schlafzimmer für den kranken Mann, die Frau und zwei Kinder unter 14 Jahren. Ein Bett und ein „Divan“ bilden die Schlafstätte für die Vier. Das zweite Zimmer mit dem Zugang durch den vorgezeichneten Raum ist 13,7 Kubikmeter groß und in einem Zimmerherrn für monatlich fünf Mark abvermietet. In dem dritten Zimmer, 14,2 Kubikmeter groß, schlafen die beiden Söhne, während zwei Kinder, auch noch unter 14 Jahren, in der Küche, die 12,3 Kubikmeter groß ist, nächtigen müssen. Die ganze 85,9 Kubikmeter große Wohnung kostet 26 Mark monatlich, vor 1 1/2 Jahren war der Mietpreis 18 Mk. Die zweite kontrollierte Wohnung nebenan, von einem Schmiedebesitzer gemietet, besteht aus drei Zimmern, einer Kammer und Küche. Obwohl die zehn Köpfe starke Familie, Eltern, sieben Kinder unter 14 Jahren, die Wohnung nicht genug belegen könnten, so sind doch ein Zimmer, die Kammer und die Küche an eine weitere Familie abvermietet. Die Ursache hiervon ist das geringe Einkommen. Der Schmied verdient nämlich 75 Mark durchschnittlich im Monat, während die Frau etwa zehn Mark beibringt. Die Wohnung allein aber kostet 40 Mark, ein geradezu horrendes Preis, da oben warmen Dach, ohne Wasserleitung und Kloset, bei einer Größe von 125,7 Kubikmeter Luftraum. Der Mann aber mußte sie nehmen, weil man ihn mit seinen sieben Kindern nicht leicht anderswo hineinläßt. Am sich und die Seinen ernähren und die Miete erschwingen zu können, muß er sich jedoch auf zwei Zimmer beschränken. Diese sind 92,6 Kubikmeter groß und dienen nicht nur den zehn zur Familie gehörigen Personen, sondern auch noch zwei Schlafgängern als Wohn-, Koch- und Schlafraum. Für die zwölf Personen sind sieben Betten, ein Kinderbett mitgerechnet, vorhanden. Ein Schlafgänger schläft auf einem Strohsack am Boden, während der andere ein Bett mit einem Kinde teilt. Durch das Abvermieten des einen Teiles der Wohnung werden 18 Mark verdient, während die Schlafgänger zusammen neun Mark monatlich bezahlen, so daß sich die Miete auf 13 Mark im Monat verringert. — Für sämtliche 41 Personen ist ein Abort vorhanden, Anteil von Keller, Speicher oder Wajshaus hat keine der Parteien. Der Mietpreis sämtlicher Wohnungen macht 124 Mark monatlich, während der Verdienst der sämtlichen Mieter 302 Mark beträgt. — Etwas besser sind die Verhältnisse im vierten Stocke des gleichen Hauses. Der Mietpreis aber ist merkwürdigerweise für dieses Stockwerk um 4 Mark billiger als der der Wohnungen unter dem Dache. Er beträgt zusammen 120 Mark. Eingezogen ist, entsprechend der geringeren Zahl der Bewohner, der Verdienst derselben weniger und beträgt nur 321 Mark durchschnittlich im Monat. Das Verhältnis des Einkommens zur Wohnungsmiete ist hier also noch schlechter. Dieses abnorme Verhältnis hat sich erst seit etwa 1 1/2 Jahren herausgewachsen. Seit dieser Zeit ist mit dem Wechsel des Besitzers eine fortwährende, bei einzelnen Wohnungen 40 Prozent betragende Steigerung vor sich gegangen. Auch sind die Wohnungen sehr vernachlässigt und heruntergekommen.

Der Landbote.

Der landwirtschaftliche Arbeiter Pommer wurde wegen Verweigerung des Dienstes in zwei Fällen zu Geldstrafen verurteilt. Er hat da... seinen Dienst wegen Trunkenheit nicht verrichten können und war in dem anderen Falle nicht zur Arbeit erschienen. Nachdem auch das Landgericht zu seinen Ungunsten erkannt hatte, legte er beim Kammergericht Revision ein. Sein Vertreter machte

zur Begründung des Rechtsmittels geltend, daß eine Verurteilung auf Grund des Gesetzes über die Dienstvergehen der ländlichen Arbeiter und des Gesindes „er bei einer direkten und ausdrücklichen Dienstverweigerung erfolgen könne. Eine derartige Verweigerung liegt vor. Der Strafenrat des Kammergerichts verwarf jedoch, die Revision mit der Begründung, strafbar im Sinne des angeführten Gesetzes sei auch der ländliche Arbeiter, der ohne ausdrückliche Weigerung den Dienst thatsächlich versage. —

Einen Beitrag zum Kapitel der Gesindeordnung lieferte die Sache der Dienstmagd Ida Günther aus Delitzsch, die vom dortigen Schöffengericht wegen Uebertretung der Gesindeordnung zu 6 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Die Angeklagte stand bis gegen Ende Oktober v. J. auf dem Nittergute Dues im Dienst. Am Montag, den 12. September, erhielt sie wie die anderen Mägde von ihrer Dienstherrin, Frau Nittergutspächter Nachwik, zum Besuch des Halle'schen Viehmarktes Urlaub bis 12 Uhr nachts. Die Angeklagte kehrte jedoch nicht zur Zeit zurück, weil sie in Halle unwohl geworden war und ihr Vater sie ganz mit Recht nicht fortließ. Am nächsten Morgen traf sie aber wieder in Dues ein und verließ am Nachmittag und den folgenden Tagen den Dienst wie vorher. Auf ihre Entschuldigung, daß sie krank geworden war, schien das Schöffengericht gar kein Gewicht gelegt zu haben: es ließ in der Urteilsbegründung, die Angeklagte hat den Urlaub eigenmächtig überschritten. Das Berufungsgericht sprach aber die Angeklagte frei, da das Gesetz auf vorliegenden Fall in keiner Weise zutrefte. Nach der Gesindeordnung werden nur Dienstknechte bestraft, welche unbefugt den Dienst verlassen. —

„Notleidende“ Agrarier scheinen es wohl auch nicht gewesen zu sein, welche an einer kürzlich abgehaltenen wendischen Bauernhochzeit beteiligt waren. Bei diesem Feste wurden verbraucht: 25 Ctr. Rindfleisch, 8 Ctr. Schweinefleisch, für ca. 30 Mark Geflügel und Wild, 3 Ctr. Butter, 3 Ctr. Zucker, 15 Ctr. Weizen und 7 Ctr. Roggenmehl, 300 Eier, für 600 Mark Getränke, für 50 Mark Bäcker- und Konditorwaren, 300 Mark für Heranschaffung und Wiederfortschaffung von Gerätschaften aller Art, Bedienung usw. Dies alles hat einen Kostenaufwand von ca. 2500 Mark verursacht. —

Die Großen und die Kleinen.

Der Erbschaftsbesitzer (Inhaber eines Schulzeugtes) A. Hubrich, Mitglied der Centrumsfraktion im Reichstag und preussischer Landtags, ist wegen „unerlaubten Jagens“ zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Jetzt veröffentlicht er eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß er sich eigentlich nur gegen die unverschämte Vergewaltigung seines großmächtigen Guts- und Jagdbereichs, eines Grafen Praschma, gewehrt hat. „Es ist bis jetzt jedes Jahr üblich gewesen“, so heißt es da, „daß am Tage der Jagderöffnung der Oberförster des Grafen mit einigen Herren aus Falkenberg und den Forstbeamten des Hofdorfer Reviers die Waldjäger besetzten, um das aus dem Walde auf die Felber der Justizbesitzer, also auf meine Jagd, austretende Wild abzufischen. Um das letztere zu verhindern, ging ich am 15. September gegen Abend mit meinen beiden Jagdkollegen an die Grenze, um durch unsere Gegenwart das Austreten des Wildes und somit das Abschließen desselben unmöglich zu machen. Ich sowohl, als auch meine beiden Kollegen blieben selbstverständlich auf unserem Terrain und suchten durch lautes Sprechen, Hin- und Hergehen, Schießen etc. das Wild zu verschrecken. Ich kam dabei in die Nähe des Försters Brug, der mich fragte, ob ich meinen Jagdschein bei mir führe. Ich verweigerte ihm die Vorzeigung desselben, auch dann noch, als er mir sagte, er sei bereidigt, da ich glaubte und noch glaube, er sei zu einer solchen Kontrolle nicht berechtigt. Das Landgericht zu Meißel hat entgegen dem freisprechenden Urteil des Schöffengerichts zu Falkenberg D.-Schles. erkannt, ich sei verpflichtet gewesen, dem v. Brug meinen Jagdschein vorzuzeigen. . . Es ist dies wieder ein kleiner Beitrag zu dem Kapitel über die vielgerühmte Solidarität der Interessierten zwischen dem Groß- und Kleingrundbesitz, da es wohl nach allem, selbst am Ende des 19. Jahrhunderts, ein unerhörtes Verbrechen ist, wenn ein dauerlicher Besitzer es wagt, die Jagd seiner Gemeinde zu dachten, seinen und der übrigen Gemeindeglieder faulen Schweiß, seine Ernte, dem Wilde des gnädigen Herrn nicht preisgibt und so sich gegen die Meinung auflehnt, daß der Großgrundbesitzer der allein jagdberechtigte ist. A. Hubrich, Erbschaftsbesitzer, Reichs- und Landtagsabgeordneter.“ Ja, da hat der centripatriotische Reichstagsabgeordnete schon ganz recht. Aber woran liegt es denn, daß die Junker noch mit dieser Frechheit und Unverschämtheit auftreten können? Wer war es denn z. B., der den Hosten zum Schaden der Bauern die Freisheit der Hasen gewährte? Das Centrum, das aus dem Volkserwart ein Gewerbe macht, war es. Herr Hubrich kann sich bei seiner eigenen Kuhhandelsfraktion bedanken. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Die Aufwärterin Ida Rüdiger, geb. 1882, stahl ihrem Vater im Sommer 1898 aus einem verschlossenen Holzkasten, den sie mit einem falschen Schlüssel öffnete, wiederholt Geldbeträge insgesamt 90 Mark. Im April und im August entwendete sie ihrem Vater ein Sparkassenbuch und hob darauf jedesmal 50 Mark ab, die sie für sich verausgabte. Am 20. September entwendete sie das Sparkassenbuch zum dritten Male, um darauf 100 Mark abzuheben, wurde aber daran durch die Festnahme gehindert. Dem Schutzmann gegenüber legte sie sich einen falschen Namen bei. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte wegen schwebenden und wegen der Uebertretung zu 3 Tagen Haft. —

Die Witwe Schulze, Sophie geb. Braunsdorf, zu Neustadt, geboren 1861, war seit Pfingsten 1897 Gebäck-

Gerüchtet.

Rachdruck verboten.

Plombar von Ferdinand Hermann.

Gerhard aber mußte vor allem bei der Wahrheit bleiben, und diese Wahrheit war ja eine entschiedene Vereinerung. Ihre tief traurige Miene schnitt ihm tief ins Herz, und als sie, fast mit Thränen kämpfend, hinzugesagte:

„Und er hat Ihnen auch nicht die allerfeinste Bestellung für mich aufgetragen?“

Da war er nahe genug daran, zum ersten Mal in seinem Leben seine Zusage zu einer Bitte zu nehmen und einen Gruß oder eine Entschuldigung Sebalds zu erdichten. Aber die Erkenntnis, daß er dem leinen Mädchen damit doch nur einen schlechten Dienst leisten würde, behütete ihn vor der Unwahrheit. Er schüttelte stumm den Kopf und ließ zugleich den Arm seiner Dame aus dem feintgen Gleiten, da sie unterdessen den Platz am Fenster erreicht hatten.

„Ich danke Ihnen, mein Freund,“ sagte sie kaum vernehmlich, während sie seine Verbeugung erwiderte, „und wenn Sie ihn wiedersehen, so sagen Sie ihm, daß ich ihm alles Gute wünsche, und daß ich stündlich für seinen unglücklichen Vater bete!“

Er hatte keine Zeit mehr, ihr eine Antwort zu geben; Neßlen und der Baron standen bereits hinter ihnen, und namentlich das stark gerötete Gesicht des ersteren weisagte wenig Gutes. Er warf seinem Kommiss einen strengen befehlenden Blick zu, der Gerhard jedenfalls veranlassen sollte, sich eiligst zurückzuziehen, und der Baron unterstützte ihn dabei mit einem Augenzwinkern, das an beleidigender Deutlichkeit durchaus nichts zu wünschen ließ. Aber gerade diese zweifache stumme Aufforderung weckte Gerhards Trotz. Er hatte der Demütigungen bereits genug gekostet, und er wollte sich nicht fortgeschicken lassen gleich einem lästigen Diensthöfchen, das man mit einer verächtlichen Bewegung entfernt. So blieb er denn hinter Lissys Stuhl stehen und sah den beiden Männern ruhig ins Gesicht.

Neßlen fixierte ihn mit einer halb verwunderten und halb entrüsteten Miene; aber er zwang doch das beleidigende Wort nieder, das ihm wohl schon auf den Lippen schweben mochte, und wendete sich, ohne der Gegenwart des jungen Mannes weiter zu achten, an seine Tochter:

„Warum hast Du dem Herrn Baron vorhin nicht sofort mitgeteilt, daß er sich mit seiner Vermutung in einem Irrtum befindet, daß Du in den Kreisen, denen jener Arbeiter angehört, keinen Bekannten hast?“

„Ich glaube nicht Papa, daß ich dem Herrn Baron Rechenschaft darüber schuldig wäre,“ entgegnete sie mit leiser, aber fester Stimme. „Soll ich etwa um seinetwillen ein Verhör bestehen?“

„Ich möchte in der That bitten, Herr Neßlen,“ fiel jetzt auch Dabeststein mit einem ironischen Lächeln ein, das seine Worte lügen strafte, „es ist ja sehr wohl möglich, daß ich mich geirrt und die Aeußerung des gnädigen Fräuleins falsch verstanden habe.“

Was ihres Vaters drohende Frage nicht bewirkt hatte, das bewirkte der ungeschickte Weisand des Barons. Das zierliche Köpfchen mit einer stolzen Bewegung in den Nacken zurückwerfend, sandte ihm Lissy einen stolz abweisenden Blick zu und sagte:

„Nein, Herr von Dabeststein, Sie haben nicht falsch verstanden. Mein Papa weiß sehr wohl, daß Herr Hermann Sebald zu meinen näheren Bekannten gehört, und ich habe Veranlassung, diese Bekanntschaft zu verleugnen!“

Für einen Moment sah es wirklich aus, als wolle sich Neßlen auf seine Tochter stürzen, um ihr gewaltsam den Mund zu verschließen. Die Adern auf seiner Stirn waren hoch aufgeschwollen und seine Schultern bebten. Gerhard machte sich bereits darauf gefaßt, ihm in entscheidenden Moment in den Arm zu fallen, und nur der Baron schien nichts von der gewaltigen Erregung des Gastgebers zu bemerken.

„Ah, welche Ueberraschung!“ sagte er. „War es nicht auch ein Mann Namens Hermann Sebald, mit dem Sie vor noch nicht langer Zeit so üble Erfahrungen machen mußten?“

Das Gesicht des Kaufherrn färbte sich dunkelrot von der Anstrengung, die es ihm kostete, einen Wutausbruch zu unterdrücken.

„Allerdings, Herr Baron!“ jagte er mit gewaltsam erzwungener Fassur. „Und wenn es sich, wie ich vermute, um den Sohn jenes Menschen handelt, so ist die Aeußerung meiner Tochter natürlich nicht ernst zu nehmen. Er hat niemals in irgend welcher Beziehung zu meiner Familie gestanden, und wenn er die grenzenlose Unverschämtheit gehabt haben sollte, sich den Anschein zu geben, als wäre dies dennoch der Fall gewesen, so kann ich nur bedauern, daß niemand zugegen gewesen ist, ihn für eine solche Frechheit zu züchtigen!“

Lissy hatte sich vor ihrem Eissel erhoben und stand jetzt aufgerichtet vor dem Vater.

Die Denunziation des Herrn Barons muß eine sehr unvollständige oder eine sehr wahrheitswidrige gewesen sein, wenn Du glauben kannst, Papa, daß Herrmann Sebald sich auf unsere einstige Freundschaft berufen hätte! Ich war es — ich allein, die ihn daran erinnerte, und Herr Almus hat mir bezeugt, daß er im Gegenteil jeden Gedanken an eine Gemeinschaft mit uns in stolzer Entschiedenheit zurückwies!“

Gerhard war unwillkürlich einen Schritt vorgetreten, als Lissy seinen Namen genannt hatte, aber er kam dem Mädchen nur als ein willkommenes Gegenstand für die Blicke seines Vornes unter die Augen.

„Ah, ganz recht; gerade mit Ihnen wollte ich noch ein Wortchen reden, Almus. — Es thut mir leid, Sie darauf aufmerksam machen zu müssen, daß Ihr Benehmen während des ganzen Abends keineswegs den Erwartungen entspricht hat, unter denen ich meine Einladungen an Sie ergehen ließ. Ich hoffe, daß Sie in der Folge Ihrer Stellung besser eingedenk bleiben.“

Gerhard erstarrte wie ein gescholtener Schulknabe. Ohne daß es ihm jemals als besondere Anstandsregel eingeprägt worden wäre, wußte er doch, daß er in Gegenwart einer Dame auf solchen Schimpf die gebührende Antwort nicht geben konnte, und schweigend wollte er sich zurückziehen, als sein Blick demjenigen Lissys begegnete, und in ihren zornblühenden Augen las er etwas wie eine Aufforderung, sich gegen diese erneute Demütigung mit aller Entschiedenheit zu verhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Almus . . .

Von Karl Liebel.

Es ist spät abends und regnet in Strömen. Ein eisiger Wind schleudert den spärlichen Passanten die Regentropfen ins Gesicht — die Straßen sind fast leer.

Doch . . . Ein junges Weib, in ein leichtes Tuch gehüllt, kommt eiligen Schrittes daher. Die Arme kämpft förmlich mit dem Orkan, dem ihre dürftige Umhüllung ein willkommenes Spielzeug bietet. Bald zerrt er an ihrem Tuche, als wollte er es ihr jeden Augenblick von der Schulter herabreißen, bald preßt er ihre Kleider so fest an sie, als wollte er mutwillig die eingehüllten Reize und Formen unberufenen Augen preisgeben. Der Wuchs ist tadellos regelmäßig — eine elastische, formvollendete Gestalt.

Sie bleibt einen Moment stehen . . . Da hebt der Wind das Tier über die Stirn gezogene Kopftuch — ein auffallend schönes, feingeschnittenes Profil. Rückwärtslos beleuchtet jetzt eine Straßenlaterne das blasse, abgehärmte Gesicht.

Wiederum nimmt der Wind beide Backen voll und bohrt sich mit teuflischer Luft in die flatternden Röckchen. Die garten Glieder zittern vor Frost. Es geht nicht weiter . . . Sie biegt in eine Seitengasse ein.

Was ist das für ein langer Schatten neben ihr? — Eine große Gestalt in langem Mantel folgt ihr nach . . .

Spät abends! In einer verrufenen Gasse — allein — Gott! Angst beflügelt ihre Schritte . . . „Mein Fräulein, ich bitte doch . . .“ hört sie hinter sich sagen.

Sie geht nicht mehr, sie läuft — immer schneller — wie rasend — ihre Pulse hämmern — Gasse um Gasse fort mit glühendem Antlitz, das der Regen und Schweiß mit kalter Masse bedeckt. Noch zwanzig Schritte und sie ist zu Hause . . .

Da fängt sie sich am Arme fest erfaßt, sie will schreien. Ein eleganter junger Mann blickt ihr voll Begierde ins Gesicht. Eine süße, weiche Stimme sagt ihr:

„Nicht so scheu, armes Kind! Du dauerst mich! — Bist ja schön! — Könntest reich werden und glücklich, wenn Du wolltest . . .“

Wut und Scham treiben der Armen Thränen in die Augen, sie reißt sich los mit einem Blick maßloster Verachtung und ist in der Hausthür verschwunden.

In einem ärmlichen Stübchen liegt ein junger, kranker Mann keuchend auf dem Sofa, zwei lockige Engelsköpfchen spielen zu seinen Füßen am Boden. Die Mutter stürzt herein. Sie ist erhitzt, erschöpft, durchnäßt.

„Wieder nichts, Franz!“ entringt es sich ihr wie ein markerschütternder Seufzer.

Vom Sofa her ertönt schmerzliches Stöhnen. „Noch lang nichts! Nicht eine einzige, noch so kleine Arbeit in Aussicht! — So kann ich wieder nicht . . .“ schluchzt sie fort.

Da erklingt ein helles Lachen, kleine, wüßige Händchen kitzeln drüßig in einander. „Mutter, Mutter! Da schau!“ jauchzt es seelenvoll von den Kindern herüber.

Glückliche Kinder! Wie geringfügig ist doch die Ursache Curer oft so mächtigen, herzlichen Freude . . .

Es ist still geworden. Die beiden Blondköpfe lächeln träumend in den Armen ihrer Schutzengel. Die Mutter sitzt auf dem Kinderbettchen, und ihre verweinten Augen ruhen verklärt auf dem zweifachen Wibe . . . Sie ist in den lieblichen Anblick ihres heiligen Glückes versunken.

Da erhebt sie ihren edelgeformten Kopf. Mit kummervoller Miene lauscht sie den schweren Atemzügen, die, mehr einem Nöcheln gleichend, vom Sofa her wie eine grausige Warnung den kleinen Raum durchzittern. Ihre Gedanken wirbeln wüßig durcheinander . . . Er ist so krank . . . die Arbeit wird sein Verderben sein . . . und doch — Brod! Brod! Wovon leben? . . . Die armen Kleinen hungern lassen? Nein! Nein! . . . Also todkrank in die Arbeit . . . Aber was dann? . . . dann! . . . — O Gott! . . .

Sie erschrickt. Ein pfeifender Laut aus seiner Kehle hat sie aus ihrem grauenvollen Nachgrübeln aufgerüttelt. Sie schleicht auf den Beheispitzen zum Sofa, beugt sich über den Schlafenden und küßt jenseit der Hand. Sie will bei ihm wachen, im Bedarfsfalle gleich hilfreich zur Hand sein. Sie ist ja — gottlos — gesund! . . .

Nichts regt sich mehr im Stübchen. Die matten Kräfte haben auch sie verlassen . . . Selbst die armelige Dellampe kündigt schon zuckend und prasselnd ihren Dienst auf.

Draußen gießt es. Der Wind heult und tobt und peitscht die Wassermassen an die zitternden Fensterscheiben.

Ueber Nacht ist der Frühling gekommen. Das Unwetter hat aufgehört. Ein warmer Südwind sorgt für rasches Austrocknen. Zum ersten Male nach langer Zeit lacht die Sonne wieder mit verjüngtem Gesicht ihren „guten Morgen“ durch die Fenster — der Fürsten sowie der Bettler.

Wirklich ein herrlicher Morgen! Equipagen und Reiter fliegen vorbei — hinaus ins Freie. Ihnen allen ist der Lebensgenuss die einzige Sorge. Die hohllängige Brotfrage ist ihnen ja so fremd! Sie jagen und hasten, den ersten Leuzmorgen nur ja recht voll und ganz zu genießen. O Sonne! Du bist auch keine echte Menschenfreundin! Warum zerst Du das Gled so boshaft an Dein hochmütiges Licht und läßt daneben den Luxus glänzen und strahlen? O Sonne! Wie viel Unheil stiftest Du dadurch!

Die junge Mutter steht sinnend am offenen Fenster. Wie bitterer Hohn fallen die Strahlen der Frühlingssonne mitten in ihr zerrüttetes Herz. Diese Glücklichen! — Wie sie in toller Lebensjagd vorüberhauen! Ihre Gedanken eilen die lange Straße hinab — zu dem roten Ziegelbau — in die Fabrik — zu ihm! Dort ringt er mit der Lebenskraft, um für seine Würmer Brod zu verdienen. Wie mühselig er sich heute anfrast! So schlecht ging's ihm noch gar keinen Tag zuvor! Was der nächste Morgen wohl bringen mag? Sie seufzt . . .

Ja! Nur einen kleinen Abfall von dem, was diese Glücklichen täglich leichtfertig vergeuden! Ja, dann! — Er könnte eine Zeit zu Hause bleiben, gepflegt werden — gesund werden — ihr und ihren Kindern erhalten bleiben . . . O weh! seufzt sie in ihrer Verzweiflung.

„Was drückt Dich denn so schwer? Vielleicht kann ich Dir helfen!“ sagt eine schmeichelnde Stimme hinter ihr. Sie erschrickt.

Vor ihr steht ein eleganter junger Mann — ein bekanntes Gesicht — ah! — von gestern abend.

Sie ist betroffen, bestürzt, empört.

Soll sie Lärm machen? Ihn hinausjagen? — Doch seine Stimme klingt so tröstend, so hilfreich — so betäubend. Sie schwankt. Er lächelt gutmütig und teilnahmsvoll. Wie Balsam fließt es von seinen Lippen . . . Er ist reich! Er kann ihr helfen — er will ihr helfen!

Ihre Gedanken verwirren sich . . . Ihr kranker Mann — ihre Kinder — ihr Alles steht auf dem Spiel! Bieleicht ist es eine einzige — letzte Rettung? Bieleicht ein Freund in höchster Not? . . .

Ihre Pulse jagen — ihre Sinne schwinden — sie fiebert —

O, Versucher! Ihr Heiligstes ist Deiner Luft nicht heilig!

O, Tragödie der Armut!

Hell erstrahlt der goldstrotzende Luster in seinen hundertern Lichtern. Der Klub ist heute wieder einmal stark besucht.

In der Ecke eines kleinen Seitengemaches steht ein Spieltisch — eine Kartenpartie.

Zwei Kavallerieoffiziere lehnen seitwärts nachlässig in niedrige Fauteuils hingestreckt. Der eine blättert faul in einem Tagesjournal. Sein Arm bewegt sich dabei so eckig, so automatenähnlich, als ob er gebrochen wäre. Krampfhaft hält sein Auge das Monocle eingeklemmt, als ob es fürchtete, entwürdigt zu werden, wenn es die Nachrichten aus dem Tagesleben der Plebs nicht hinter einer Glaswand befähe.

„Also wieder Streik in Papas Fabriken,“ sagt er gebohrt vor sich hin, stichlich gelangweilt. „Wüßte wissen, was die Kanailles eigentlich wollen? — Fabriken zusperren! Basta! Hunger macht schon mirbe! Ach“ — er gähnt —

„Nicht wahr? Was? Dofsi!“ wendet er sich an einen jungen Mann am Spieltisch. „A propos! Sah Dich heute früh Arbeiterviertel! Wie? Galantes Abenteuer gehabt?“

Der junge Mann lächelte blasfert. „Je nun! So was ähnliches! Was soll man anfangen — in aller Früh?“

„He! he! he!“ krächzte der Offizier. „Bist immer der Alte! Teufelskerl!“ Er nimmt ein Glas Champagner.

„Auf Wohl! . . . Deiner allerneuesten Flamme, Dofsi! . . . He, he! . . . Das heißt, wenn Du Dich gut amüßiert hast!“

„Na! Nicht übel! 'n bißchen sentimental zwar . . .“

„Was? Sentimental? Da draußen? He! He! Superb! He! . . .“

„Einen Solo, meine Herren! . . . Ja, wie gesagt, 'n bißchen sentimental . . . aber ganz passabel! . . . Ich spiele den Solo, meine Herren! . . .“

Parbleu! Ein Durchmarsch!

„He! He! Spielt immer Durchmarsch! He! Sentimentalen Durchmarsch . . . He! . . . im Arbeiterviertel! He! He! Superb! He!“

Wieder bremt die Dellampe düster. Auf dem Sopha liegt ein bleicher Mann — er stöhnt nicht. Seit man ihn aus der Fabrik heimgelbracht . . . nicht mehr! Die kleinen Blondköpfe schlafen. Das junge Weib kniet händerringend mit aufgelösten Haaren bei der Leiche. Das Weinen und Jammern ist vorüber — der Schmerz hat es endlich stumm gemacht.

Die Ehre verloren . . . den Mann nicht mehr gerettet — keine Ehre . . . kein Trost! . . . Schmerzverzerrt zucken und beben ihre Lippen . . . Die geröteten Augen starren hinauf zur Decke . . .

O Gott! O Ungerechter!

Warum — unsonst? —